

08

Transatlantic Trends



TRANSATLANTIC TRENDS

WICHTIGSTE ERGEBNISSE	2008
-----------------------	------

Transatlantic Trends 2008 Partner

G | M | F The German Marshall Fund
of the United States
STRENGTHENING TRANSATLANTIC COOPERATION

COMPAGNIA
di San Paolo

FUNDAÇÃO
LUSO-AMERICANA

Fundación **BBVA**

the tipping point foundation

INHALT

<i>Wichtigste Ergebnisse – 2008</i>	<i>3</i>
<i>I: Das Vermächtnis der Bush-Administration und die bevorstehenden U.S.-Wahlen</i>	<i>6</i>
<i>II: Ansichten über transatlantische Prioritäten und Herausforderungen.....</i>	<i>10</i>
<i>Exkurs: NATO und Afghanistan.....</i>	<i>14</i>
<i>III: Die amerikanischen Wähler vor den Präsidentschaftswahlen.....</i>	<i>17</i>
<i>IV: Turbulenzen in der Türkei.....</i>	<i>22</i>
<i>V: Fazit.....</i>	<i>26</i>
<i>Anmerkungen.....</i>	<i>24</i>



TRANSATLANTIC TRENDS

Wichtigste Ergebnisse – 2008

Im letzten Amtsjahr von George W. Bush ist es zwischen den politisch Verantwortlichen in Amerika und Europa bei einem pragmatischen Ton geblieben, wobei die vergangenen Differenzen über den Irakkonflikt beiseitegelegt wurden, um die Zusammenarbeit und gemeinsamen Herausforderungen in Afghanistan, im Iran und in der Weltwirtschaft hervorzuheben. Gleichzeitig haben die amerikanischen Vorwahlen im Frühjahr für viele Beobachter die Frage aufgeworfen, was die Wahl im November 2008 für die transatlantischen Beziehungen verheißt. Die Meinungen der Kandidaten über Europa mögen im Vorwahlkampf kein heißes Wahlkampfthema gewesen sein, doch sowohl Senator Barack Obama als auch Senator John McCain haben über die Notwendigkeit gesprochen, die Beziehungen zu den Verbündeten zu verbessern und die Glaubwürdigkeit Amerikas wieder herzustellen.

In Anbetracht des in den letzten Jahren vielfach zu beobachtenden Imageverlustes der USA ist es wahrscheinlich, dass der künftige Präsident, wer auch immer gewählt wird, zur Verbesserung der transatlantischen Beziehungen beitragen kann. Er wird allerdings von der politischen Führung Europas wahrscheinlich auch mehr (ein)fordern. Welches sind die Bereiche möglicher Zusammenarbeit mit der neuen U.S.-Administration, welche Konfliktbereiche könnten bestehen bleiben? Welche Themen sollen der nächste amerikanische Präsident und die europäischen Regierungschefs nach Meinung der Bürger auf eine erneuerte transatlantische Agenda setzen?

In der diesjährigen Ausgabe von *Transatlantic Trends* untersuchen wir angesichts der bevorstehenden Wahlen die in

den USA und Europa vorherrschenden Standpunkte zu transatlantischen Topthemen. Gibt es Anzeichen, dass der Imageverlust der Vereinigten Staaten länger anhält oder dass sich das Image doch verbessert? Wir untersuchen die Meinungstrends zu internationalen Belangen zu einer Zeit, da steigende Energiepreise und wirtschaftliche Turbulenzen den Terrorismus sowohl in den USA als auch in Europa als politisch vorrangiges Thema abgelöst haben. Wir analysieren die Unterstützung für die NATO und die Mission in Afghanistan angesichts zunehmender Gewalt und Unsicherheit und untersuchen den Rückhalt für politische Optionen gegenüber dem Iran, nachdem das U.S.-National Intelligence Estimate den Schluss gezogen hat, dass der Iran sein Atomwaffenprogramm 2003 eingestellt hat. Wir betrachten abermals die Ansichten der Amerikaner und Europäer gegenüber Russland nach der Wahl Wladimir Putins zum Premierminister und Dimitri Medwedjew zum Präsidenten im März dieses Jahres sowie im Hinblick auf die Bedenken, die die Unabhängigkeit des Kosovo und die jüngste militärische Auseinandersetzung zwischen Georgien und Russland mit sich bringen. Wir untersuchen auch die Ansichten der U.S.-Bürger, um ein klareres Bild davon zu bekommen, welche politischen Entscheidungen eines neuen Präsidenten sie möglicherweise unterstützen würden.

Wir beobachten auch die Entwicklungen in der Türkei mit großer Aufmerksamkeit. Dort ist die regierende AKP im Juli 2007 mit überwältigender Mehrheit wiedergewählt worden und anschließend vor das Verfassungsgericht in Ankara gestellt worden unter dem Vorwurf, das türkische Bekenntnis zur Säkularisation aushöhlen zu wollen. Nachdem das Gericht das Gesetz, welches das Tragen von

Kopftüchern an Universitäten legalisierte, aufgehoben hatte, sprach es kurze Zeit später eine – mit den Worten des Gerichtssprechers – „ernste Warnung“ aus, verbot die AKP jedoch nicht. Im letzten Jahr versuchten die Vereinigten Staaten, sich der türkischen Sorge bezüglich der Übergriffe im Grenzgebiet zum Irak anzunehmen. Die Europäische Union rief indes unter Führung des französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy eine Mittelmeerunion ins Leben.

Transatlantic Trends ist eine breit angelegte jährliche Meinungsumfrage unter Amerikanern und Europäern. Die Befragungen wurden in den Vereinigten Staaten und in 12 europäischen Ländern durchgeführt (Bulgarien, Deutschland, Frankreich, Italien, Niederlande, Polen, Portugal, Rumänien, Slowakei, Spanien, Türkei und Großbritannien). Die Umfrage ist ein Projekt des German Marshall Fund of the United States und der Compagnia di San Paolo mit zusätzlicher Unterstützung durch die Fundação Luso-Americana, die Fundación BBVA und die Tipping Point Foundation.

WICHTIGSTE ERGEBNISSE DIESER UMFRAGE: ¹

- 47% der Europäer glauben, dass sich die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Europa verbessern werden, sollte Senator Barack Obama Präsidenten werden. Ein fast gleichgroßer Anteil von 49% glaubt, dass die Beziehungen mit Senator John McCain als Präsidenten unverändert bleiben würden.
- 69% der befragten Europäer haben eine positive Meinung von Senator Obama, verglichen mit 26%, die eine positive Meinung von Senator McCain haben. 20% der Europäer beurteilen beide Kandidaten positiv.
- Der Anteil der Europäer, die der Ansicht sind, die transatlantischen Beziehungen sollten enger werden, ist in allen Umfrageländern leicht gestiegen, von 27% im Jahr 2006 auf 31% in diesem Jahr, mit einem signifikanten Anstieg in Bulgarien, den Niederlanden und Großbritannien.
- Sowohl für Amerikaner als auch Europäer sind internationaler Terrorismus und globale Wirtschaftsprobleme die Themen, die für den künftigen Präsidenten und die europäischen Regierungschefs oberste Priorität haben sollten. Die Europäer nennen außerdem Klimawandel, die Amerikaner die Situation im Nahen Osten.
- Für 84% der Amerikaner und 72% der Europäer ist die Rolle Russlands als Waffenlieferant im Nahen Osten am besorgniserregendsten. 69% der Amerikaner und 58% der Europäer sind über das Verhalten Russlands gegenüber seinen Nachbarn beunruhigt. Die Besorgnis über die Rolle Russlands als Energielieferant ist in den Vereinigten Staaten um 3 Prozentpunkte auf 61%, in Europa um 5 Prozentpunkte auf 64% gestiegen.
- Europäer zeigen sich geneigter als Amerikaner, benachbarten Demokratien wie der Ukraine oder Georgien Hilfe im Bereich Sicherheit zu leisten und die demokratischen Kräfte in Russland zu stärken. Sie sind jedoch weniger bereit als die Amerikaner, die Zusammenarbeit mit Russland in internationalen Organisationen einzuschränken.
- 75% der Europäer, 4 Prozentpunkte mehr als 2007, meinen, dass die NATO noch immer ein unentbehrlicher Bestandteil der Sicherheit ihres Landes ist. Diese Zunahme ist in acht der zwölf befragten Länder zu verzeichnen. Damit ist in Deutschland und Polen erstmals seit 2002 kein Rückgang der Unterstützung für die NATO zu verzeichnen. In Frankreich ist die Zahl der NATO-Befürworter 2008 wieder auf das Niveau von 2002 gestiegen.
- Zu den bevorzugten Optionen, Afghanistan zu stabilisieren, gehören die Sicherung wirtschaftlicher Wiederaufbauprojekte (Amerikaner 73%, Europäer 79%), Hilfe bei der Ausbildung von Polizei und Militär (Amerikaner 76%, Europäer 68%) sowie die Bekämpfung des Drogenanbaus (Amerikaner 70%, Europäer 76%). Im Gegensatz dazu stimmen 76% der Amerikaner, aber nur 43% der Europäer auch für Kampfeinsätze gegen die Taliban.

¹ Sofern nicht anders angegeben, beziehen sich alle europaweiten Prozentangaben auf die E 12, außer bei langfristigen Trends und Fragen, in denen wir die Meinungen der aktuellen EU-Mitgliedsstaaten untersuchen

- Der Klimawandel ist das Anliegen, das die Amerikaner, die eine positive Meinung von Senator McCain haben, und diejenigen, die Senator Obama positiv beurteilen, am meisten entzweit. Amerikaner, die eine positive Sicht von Senator Obama haben, halten es wesentlich wahrscheinlicher, in den nächsten zehn Jahren persönlich von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen zu werden (+ 22 Prozentpunkte), während diejenigen, die Senator McCain positiv beurteilen, den internationalen Terrorismus (+ 5 Prozentpunkte), den Iran im Besitz von Atomwaffen (+ 8 Prozentpunkte) und den islamischen Fundamentalismus (+ 9 Prozentpunkte) als größere persönliche Bedrohung ansehen, verglichen mit denjenigen, die Obama positiv sehen.
- 56% der Amerikaner, die Obama positiv sehen und 43% derjenigen, die McCain positiv sehen glauben, dass sich die sicherheitspolitische und diplomatische Partnerschaft zwischen den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union vertiefen sollte.
- Amerikaner, die eine positive Meinung von McCain haben machen sich größere Gedanken als Amerikaner, die eine positive Meinung von Obama haben über Russland als Energielieferant (65% zu 60%), die Schwächung der Demokratie innerhalb Russlands (75% zu 65%), Russlands Verhalten gegenüber seinen Nachbarn (73% zu 66%), Russlands Rolle als Waffenlieferant im Nahen Osten (89% zu 81%) sowie Russlands Rolle auf dem Balkan (56% zu 49%).
- Die Sympathie der Türkei für die Europäische Union verzeichnet auf dem 100-Punkte-Thermometer einen Anstieg von 7 Punkten auf 33 Punkte, ihre Sympathie für die Vereinigten Staaten ist ebenfalls gestiegen, um 3 Punkte auf 14 Punkte. Damit scheint die seit 2004 verzeichnete Tendenz einer Abkühlung gegenüber beiden gebremst.
- In ihrer Meinung zu den transatlantischen Beziehungen scheinen sich weniger und stärker religiös praktizierende Türken nicht stark zu unterscheiden. Eine Führungsrolle der EU wünschen sich 21% derjenigen, die fünfmal am Tag beten, 23% derjenigen, die manchmal fünfmal am Tag beten und 24% derjenigen, die nie fünfmal am Tag beten. Eine Führungsrolle der USA wünschen sich 6% derjenigen, die fünfmal am Tag beten, 9% derjenigen, die manchmal fünfmal am Tag beten und 7% derjenigen, die nie fünfmal am Tag beten.
- 48% der Türken sind der Meinung, die Türkei solle bei internationalen Angelegenheiten allein agieren, während 2% meinen, die Türkei solle zusammen mit den Ländern der Europäischen Union handeln. 11% befürworten eine Zusammenarbeit mit den Ländern des Nahen Ostens, 3% glauben, die Türkei solle mit den Vereinigten Staaten zusammenarbeiten. Lediglich 1% sind der Meinung, die Türkei solle in internationalen Angelegenheiten mit Russland zusammenarbeiten.



TRANSATLANTIC TRENDS

I: Das Vermächtnis der Bush-Administration und die bevorstehenden U.S.-Wahlen

Die diesjährigen *Transatlantic Trends* geben uns in den Vereinigten Staaten und Europa die Möglichkeit, ein Bild der öffentlichen Meinung über die Amtszeit von George W. Bush zu erstellen. Sie geben auch einen Einblick, was sich Amerika und Europa von den transatlantischen Beziehungen erhoffen, wenn 2009 ein neuer U.S.-Präsident im Amt ist. Trotz der in jüngster Vergangenheit besseren Beziehungen auf politischer Ebene bleibt die europäische öffentliche Meinung den Vereinigten Staaten gegenüber kritisch. Der Imageverlust der USA war über die letzten Jahre in dieser und anderen Umfragen deutlich erkennbar, doch welches Vermächtnis der öffentlichen

Meinung über die transatlantischen Beziehungen wird der nächste U.S.-Präsident erben? Sehen wir Anzeichen, dass die jüngsten Verschiebungen in der öffentlichen Meinung durch fundamentale Veränderungen in den transatlantischen Beziehungen verursacht wurden und deshalb wahrscheinlich von Dauer sind, oder liegen die Gründe in der Politik der Bush-Administration? Welche Erwartungen an die transatlantischen Beziehungen verknüpfen Europäer und Amerikaner an eine Wahl Senator Obamas zum Präsidenten, welche an eine Wahl Senator McCains? Hat sich das Bild der Europäischen Union aufgrund der veränderten Wahrnehmung der USA ebenfalls verändert?

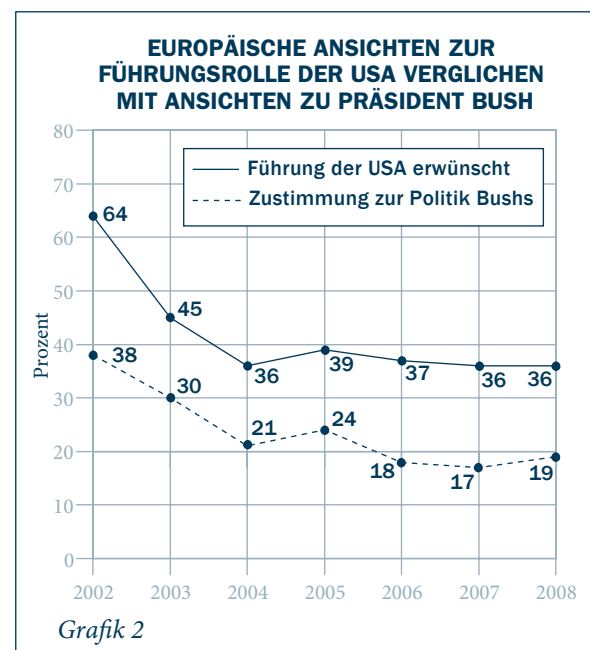
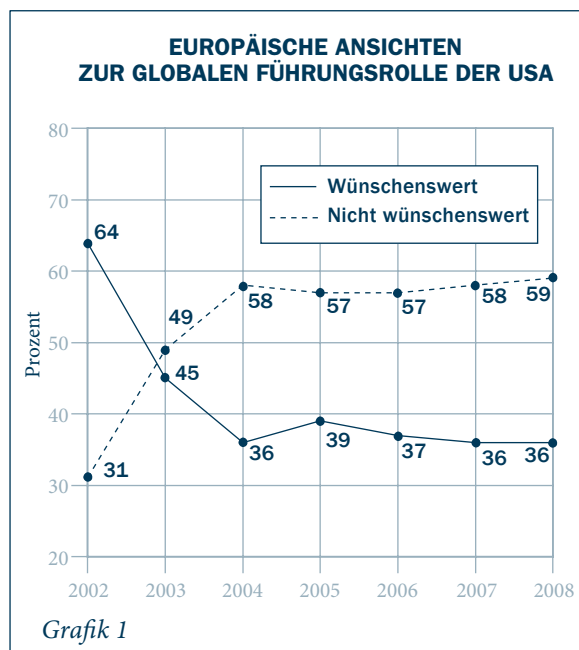


IMAGE DER VEREINIGTEN STAATEN BLEIBT WÄHREND BUSHS ZWEITER AMTSZEIT UNVERÄNDERT

Die kritische Einstellung der europäischen Befragten gegenüber der globalen Führungsrolle der USA hat sich seit 2004 kaum verändert. Während sich 64% der Europäer 2002 noch eine globale Führungsrolle der USA wünschten (31% hielten die Führungsrolle für nicht wünschenswert), so kehrten sich diese Werte im Jahr 2004 um und sind seither in etwa konstant geblieben. 2008 ist eine Führungsrolle der USA für 36% der Europäer wünschenswert, für 59% hingegen nicht. Der größte Rückgang unter den Ländern, die seit 2002 in der Umfrage vertreten sind, ist in Polen sowie in Deutschland zu verzeichnen. In Polen ist die Zahl derer, die sich eine Führungsrolle der USA wünschen, von 64% (2002) auf 34% (2008), in Deutschland von 68% (2002) auf 39% (2008) gesunken (Siehe Grafik 1).

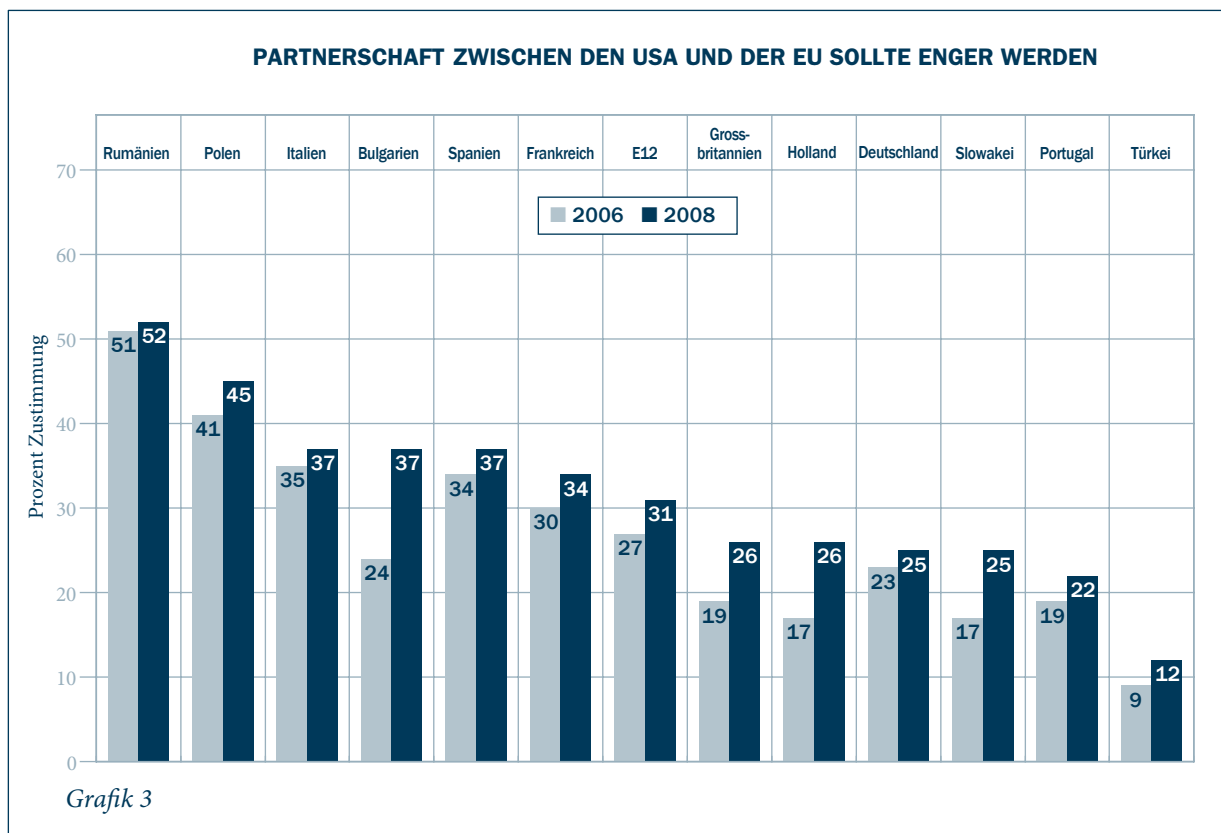
EUROPÄER STEHEN NACH WIE VOR DEM PRÄSIDENTEN KRITISCHER GEGENÜBER ALS DEN VEREINIGTEN STAATEN IM ALLGEMEINEN

Seit 2002 unterscheiden die Europäer durchgehend

zwischen ihrer Kritik an der globalen Führungsrolle der USA und ihrer Kritik an Präsident Bush. 64% der Europäer wünschten sich 2002 eine Führungsrolle der USA, während nur 38% die Außenpolitik von Präsident Bush befürworteten. Dieser Abstand von fast 20 Prozentpunkten ist in etwa gleich geblieben, während die Ansichten über die Vereinigten Staaten und Präsident Bush insgesamt kritischer geworden sind. 2008 befürworteten 36% der Europäer eine U.S.-Führungsrolle, wobei lediglich 19% die Außenpolitik von George W. Bush gutheißten. In den Vereinigten Staaten stimmen 37% für die Außenpolitik von Bush, während 59% sich dagegen aussprechen. Diese Zahlen sind gegenüber dem letzten Jahr fast unverändert (siehe Grafik 2).

LEICHTE ZUNAHME DER ZAHL DER EUROPÄER, DIE SICH ENGERE BEZIEHUNGEN ZU DEN USA WÜNSCHEN

Während die Mehrheit der befragten Europäer weiterhin der Auffassung ist, Europa sollte im Umgang mit den Vereinigten Staaten in Belangen der Sicherheit und Diplomatie unabhängiger agieren, gibt es gleichzeitig leichte



Zuwächse bei denen, die meinen, dass die Beziehungen enger werden sollten. Diese Tendenz ist in allen europäischen Ländern zu verzeichnen. Der Prozentsatz derer, die sich engere Beziehungen wünschen, ist von 27% (2006) auf 31% (2008) gestiegen. Den größten Zuwachs gibt es in Bulgarien (+ 13 Prozentpunkte), den Niederlanden (+ 9 Prozentpunkte) und Großbritannien (+ 7 Prozentpunkte). Die Zahl der Europäer, die meinen, Europa sollte unabhängiger sein, ist von 52% (2006) auf 46% (2008) gesunken. Unter den Amerikanern ist die Gruppe derer, die der Meinung sind, die Beziehungen sollten enger werden weiterhin am größten: 47% (siehe Grafik 3).

WENIGER EUROPÄER MEINEN, DASS DIE BEZIEHUNGEN SICH VERSCHLECHTERT HÄTTEN

Während auch 2008 wieder der größte Prozentsatz der Europäer, 46%, der Meinung sind, die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Europa seien gleich geblieben, ist die Zahl derer, die das Gefühl haben, die Beziehungen hätten sich im letzten Jahr verschlechtert, von 34% (2007) auf 29% (2008) gesunken. Am deutlichsten wird diese Tendenz in Italien (2007: 43%, 2008: 29%) und in Frankreich (2007: 32%, 2008: 22%). Gleichzeitig ist die Zahl derer, die meinen, die Beziehungen hätten sich verbessert, in Frankreich (2007: 17%, 2008: 33%) und Rumänien (2007: 19%, 2008: 30%) deutlich gestiegen. 10% der Amerikaner sind der Auffassung, die Beziehungen hätten sich verbessert, 41% sind der Meinung, sie seien gleich geblieben und 43% sehen eine Verschlechterung.

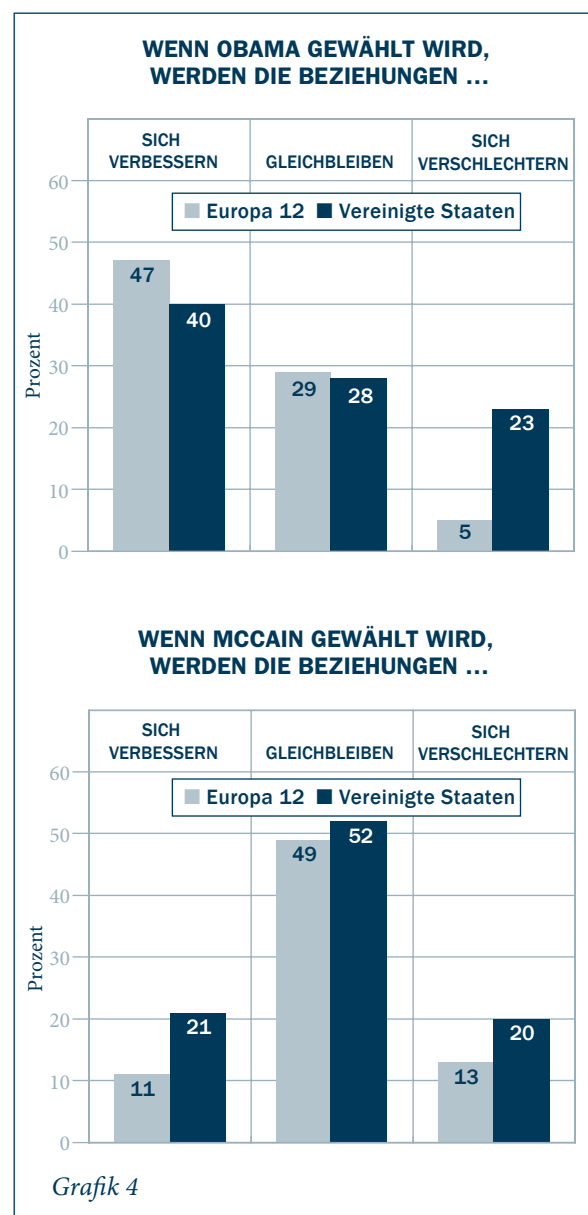
DIE MEHRHEIT DER EUROPÄER FINDEN OBAMA GUT

69% der Europäer haben eine positive Meinung von Senator Obama, 26% haben eine positive Meinung von Senator McCain. Die höchsten Sympathiewerte erhält Obama in Frankreich (85%), den Niederlanden (85%) und Deutschland (83%). McCain dagegen erhält die höchsten Sympathiewerte in Portugal (35%), den Niederlanden (33%), Spanien (33%) und Großbritannien (33%). 20% der europäischen Befragten sehen beide Kandidaten positiv.

EUROPÄER MEINEN, DASS SICH DIE BEZIEHUNGEN VERBESSERN, WENN OBAMA GEWÄHLT WIRD

47% der Europäer glauben, dass sich die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten verbessern werden, sollte Senator Obama gewählt werden, 29% glauben, die Beziehun-

gen bleiben unverändert, 5% hingegen, dass sich die Beziehungen verschlechtern werden. Sollte Senator McCain gewählt werden, gehen 11% von einer Verbesserung der Beziehungen aus, 49% meinen, dass sie unverändert bleiben und 13%, dass sich die Beziehungen verschlechtern werden (siehe Grafik 4). Unter den Europäern, für die eine globale U.S.-Führungsrolle nicht wünschenswert ist, glauben 50%, dass sich die Beziehungen verbessern werden, wenn Obama die Wahl gewinnt, 10% glauben, dies wird passieren, wenn McCain gewählt wird.



EUROPÄER UND AMERIKANER HABEN GENÜGENG GEMEINSAME WERTE, UM ZUSAMMENZUARBEITEN

57% der Europäer und 67% der Amerikaner stimmen zu, dass die Vereinigten Staaten und die Europäische Union genügend gemeinsame Werte haben, um bei internationalen Problemen zusammenzuarbeiten. Dagegen meinen 37% der Europäer und 23% der Amerikaner, die Unterschiede seien für eine solche Zusammenarbeit zu groß. Diese Werte sind seit 2004 nahezu unverändert: 60% der Europäer und 71% der Amerikaner glaubten damals, dass die USA und die EU genügend gemeinsame Werte hätten, um zusammenzuarbeiten. 34% der Europäer und 21% der Amerikaner waren der Meinung, eine Zusammenarbeit wäre unmöglich.

EUROPÄER WIE AMERIKANER UNTERSTÜTZEN WEITERHIN EINE EU-FÜHRUNGSROLLE

In Europa liegt die Unterstützung für eine EU-Führungsrolle 2008 unverändert hoch bei 75%. Deutschland liegt mit 86% am weitesten vorn bei dieser Meinung, gefolgt von Italien mit 83% und den Niederlanden mit 81%. Hingegen ist die Unterstützung in Großbritannien von 71% auf 60% und in Polen von 76% auf 69% gesunken. Bulgarien verzeichnete im letzten Jahr einen Anstieg von 66% auf 71% derjenigen, die sich eine EU-Führungsrolle wünschen. Bei den Amerikanern ist die Zahl derer, die sich eine EU-Führungsrolle wünschen, mit 68% unverändert hoch, wobei sich dieser Wert aus einer Zustimmungsrate von 75% bei den Demokraten und 65% bei den Republikanern zusammensetzt.

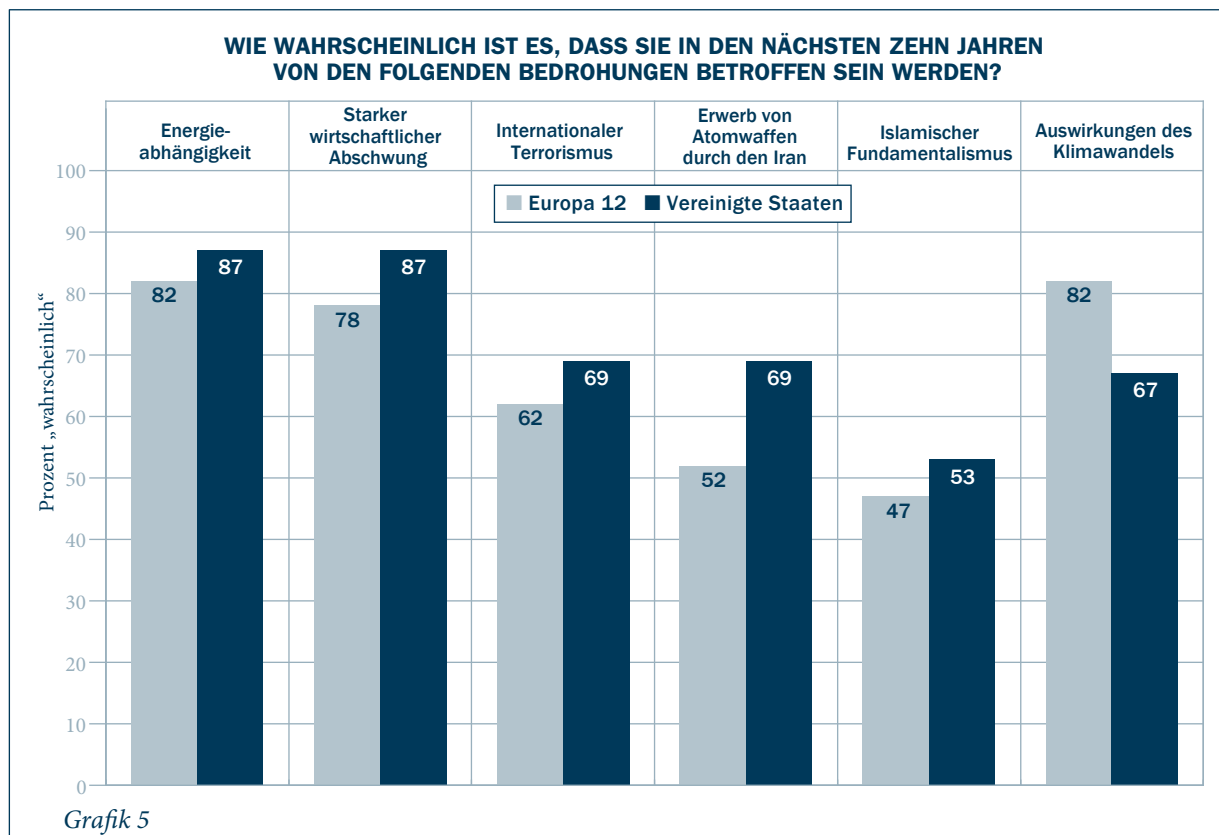


TRANSATLANTIC TRENDS

II: Ansichten über transatlantische Prioritäten und Herausforderungen

Welches sind nach Ansicht der amerikanischen und europäischen Öffentlichkeit die Themen, die der künftige amerikanische Präsident und die europäischen Regierungschefs angehen sollten? Die Situation im Irak, das Hauptthema in der amerikanischen Außenpolitik, steht so gut wie gar nicht mehr auf der transatlantischen Agenda. Die Bekämpfung des internationalen Terrorismus ist nach wie vor ein großes Anliegen, jedoch haben steigende

Energiekosten und wirtschaftliche Turbulenzen im letzten Jahr die thematischen Schwerpunkte der transatlantischen Agenda verschoben. Als Antwort auf die sich zuspitzende Gewalt in Afghanistan stritten die amerikanische Führung und die EU über Truppenentsendung und NATO-Einsatz. Die Vereinigten Staaten und die Europäische Union verfolgen weiterhin gemeinsame Anstrengungen, den Iran vom Aufbau eines Atomwaffenprogramms abzuhalten, obwohl

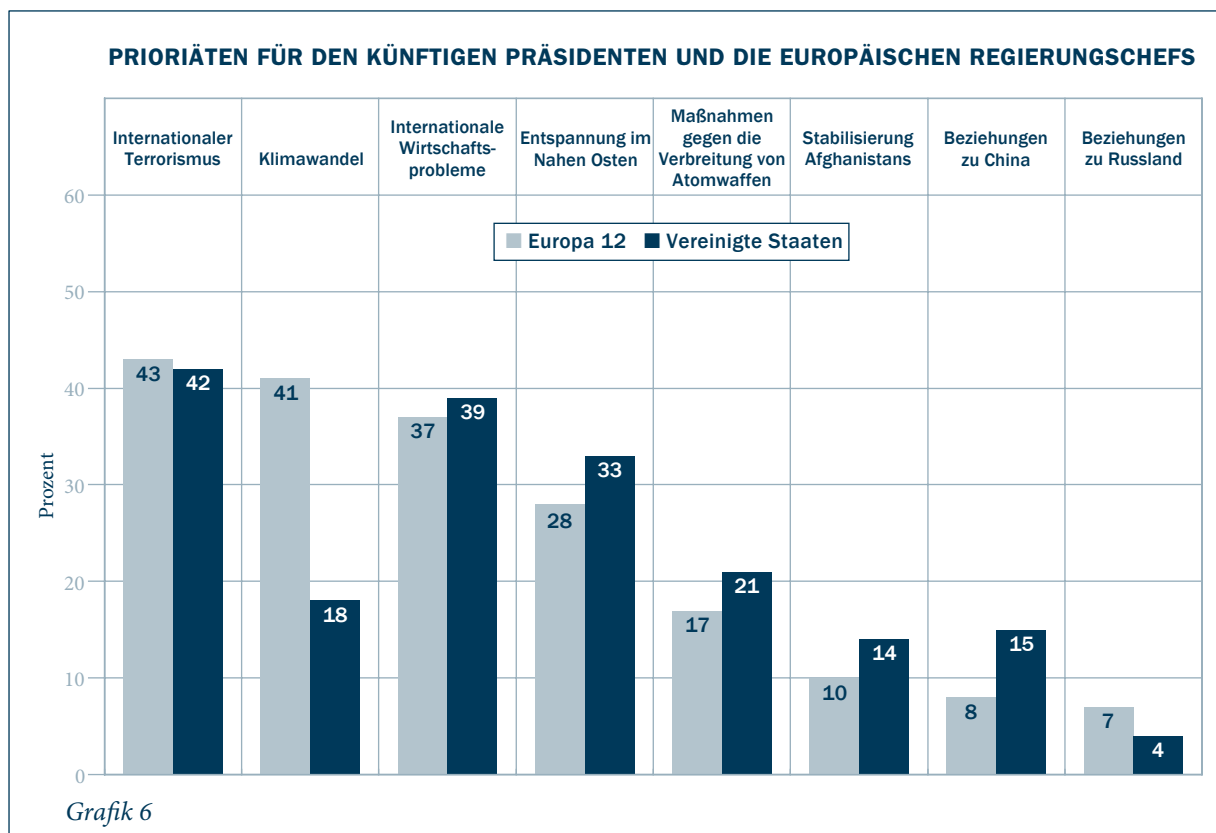


das U.S. National Intelligence Estimate davon ausgeht, dass der Iran das Programm bereits 2003 eingestellt hat. In den letzten Monaten haben die Vereinigten Staaten ihre langjährige starre Haltung gegenüber direkten Gesprächen mit dem Iran überdacht und einen Regierungsvertreter zu Verhandlungen nach Genf geschickt, was allerdings zu keiner weiteren Vereinbarung geführt hat. Russland, mitten im Führungswechsel, steht aufgrund andauernder Bedenken gegenüber seiner Rolle als Energielieferant sowie seiner Drohung, im Kosovo zu intervenieren, noch immer auf der transatlantischen Agenda. Ein weiterer Grund ist auch der militärische Konflikt zwischen Russland und Georgien, der begann, als diese Befragung bereits abgeschlossen war.

EUROPÄER UND AMERIKANER TEILEN SORGE ÜBER ENERGIE UND WELTWIRTSCHAFT

Amerikaner und Europäer sind sich einig, dass Energieabhängigkeit und die Gefahr eines internationalen Wirtschaftsabschwungs zu den wahrscheinlichsten Bedrohungen gehören, die sie in den nächsten zehn Jahren selbst betreffen könnten. Die Meinungen gehen jedoch auseinander, inwieweit dies für die Auswirkungen des Klimawandel

und Gefahr durch internationalen Terrorismus zutrifft. 87% der Amerikaner meinen, dass sie wahrscheinlich die Folgen der Energieabhängigkeit selbst spüren werden, der gleiche Prozentsatz glaubt, dass dies für einen wirtschaftlichen Abschwung gilt. 69% der Amerikaner fühlen sich durch den internationalen Terrorismus und einen Iran im Besitz von Atomwaffen bedroht. Hingegen meinen jeweils 82% der Europäer, dass sie am ehesten von den Folgen der globalen Erwärmung (Amerikaner: 67%) und der Energieabhängigkeit persönlich betroffen werden, 78% glauben, ein starker wirtschaftlicher Abschwung stelle eine Gefahr für sie persönlich dar und 62% der Europäer fühlen sich durch internationalen Terrorismus bedroht. Die Angst vor internationalem Terrorismus ist bei den Amerikanern um 5 Prozentpunkte, bei den Europäern um 4 Prozentpunkte gesunken. Dagegen ist die Besorgnis über internationale Wirtschaftsprobleme bei den Amerikanern um 7 Prozentpunkte, bei den Europäern um 13 Prozentpunkte gestiegen (siehe Grafik 5).



TERRORISMUS UND WIRTSCHAFTSPROBLEME SIND TOPTHEMEN AUF DER TRANSATLANTISCHEN AGENDA

Sowohl Amerikaner als auch Europäer sind sich einig, dass der internationale Terrorismus und internationale Wirtschaftsprobleme für den künftigen amerikanischen Präsidenten und die europäischen Regierungschefs höchste Priorität haben sollten, bei den Themen Klimawandel und Naher Osten lagen die Antworten dagegen weit auseinander. 42% der Amerikaner halten den internationalen Terrorismus für eines der beiden wichtigsten Themen, dicht gefolgt von 39%, die internationale Wirtschaftsprobleme benennen und 33% die den Abbau von Spannungen im Nahen Osten identifizieren. In Europa halten 43% den internationalen Terrorismus für eines der beiden wichtigsten Themen, 41% nennen den Klimawandel und 37% internationale Wirtschaftsprobleme (siehe Grafik 6).

DIE EUROPÄER BEVORZUGEN ES, BEDROHUNGEN IN ZUSAMMENARBEIT MIT DEN VEREINIGTEN STAATEN ZU BEGEGNEN

Eine große Mehrheit der Europäer (67%) meint weiterhin, dass die Europäische Union internationalen Bedrohungen in Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten statt im Alleingang begegnen sollte. Die größten Mehrheiten finden sich in Italien (73%), Rumänien (71%), sowie in Deutschland, Bulgarien und Holland (68%). 75% der Amerikaner meinen, dass die Vereinigten Staaten internationalen Bedrohungen gemeinsam mit der Europäischen Union entgegentreten sollten. Unter diesen 75% sind 82% der Befragten die sich als Demokraten und 71% der Befragten, die sich als Republikaner identifizieren.

WENIGER SORGE, DASS IRAN IN BESITZ VON ATOMWAFFEN KOMMT

Die Sorge, dass der Iran in den Besitz von Atomwaffen kommen könnte, ist in Europa insgesamt um 7 Prozentpunkte gesunken, darunter in Frankreich und Großbritannien um 8 Prozentpunkte, in Deutschland um 14 Prozentpunkte. Amerikaner und Europäer meinen übereinstimmend, dass der Druck verstärkt werden sollte, wenn diplomatische Bemühungen scheitern, den Iran von der Produktion von Atomwaffen abzuhalten. Unterschiedlicher Auffassung sind Amerikaner und Europäer jedoch darüber, ob dabei militärische Mittel angewendet werden sollten: 47% der Europäer bevorzugen verstärkten diplomatischen

Druck bei gleichzeitigem Ausschluss eines militärischen Vorgehens. Im Gegensatz dazu bevorzugen 49% der Amerikaner zwar ebenfalls verstärkten diplomatischen Druck, aber unter Beibehaltung der Option eines militärischen Eingreifens und nur 27% der Amerikaner stimmen für verstärkten diplomatischen Druck bei gleichzeitigem Ausschluss militärischer Mittel.

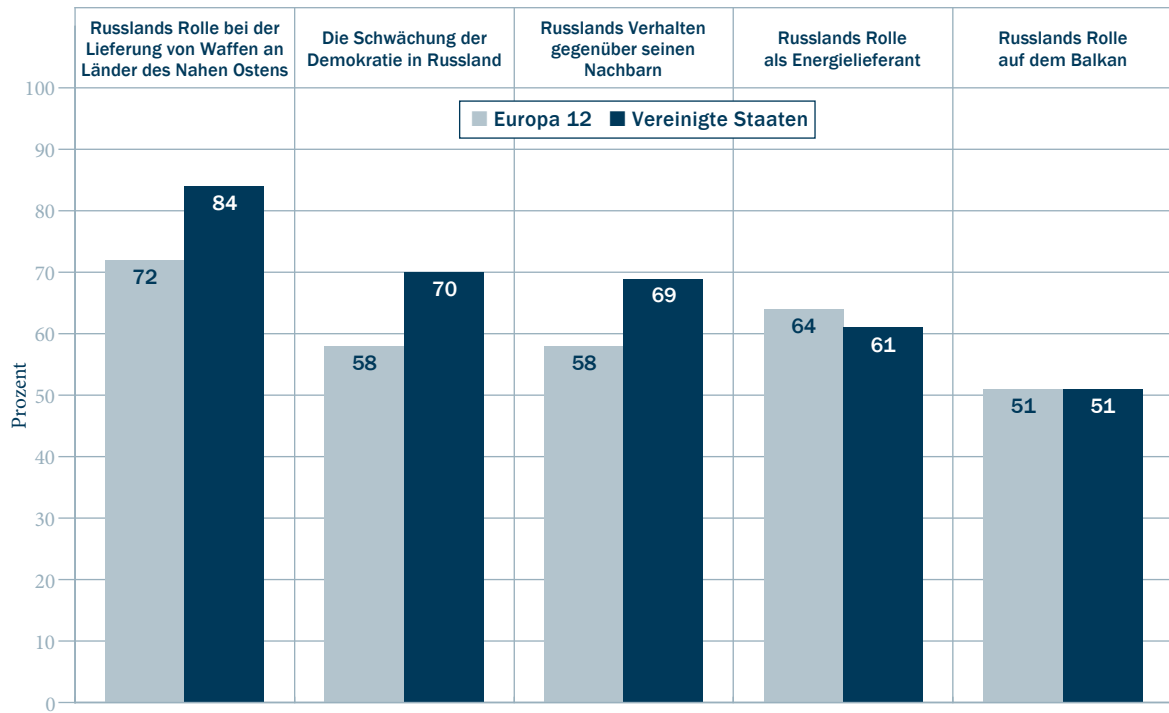
AMERIKANER ETWAS WENIGER BEREIT, ABHÄNGIGKEIT ZU REDUZIEREN, WENN DIE ENERGIEPREISE STEIGEN

Bei der Frage nach dem Vorgehen zur Sicherung einer stabilen Energieversorgung ist der größte Prozentsatz der befragten Amerikaner (48%, ein Rückgang von 6 Prozentpunkten seit 2007) der Auffassung, die Energieabhängigkeit von anderen Ländern sollte reduziert werden, selbst, wenn die Energiepreise infolgedessen im eigenen Land stark anstiegen. Die Europäer sind nach wie vor uneinig bei der Frage, ob man die Zusammenarbeit mit Energie produzierenden Ländern verstärken sollte, auch, wenn es sich dabei nicht um demokratisch geführte Länder handelt. 35% sind dafür, 35% stimmen für eine Reduzierung der Energieabhängigkeit.

GEMEINSAME SORGE WEGEN RUSSLAND WÄCHST

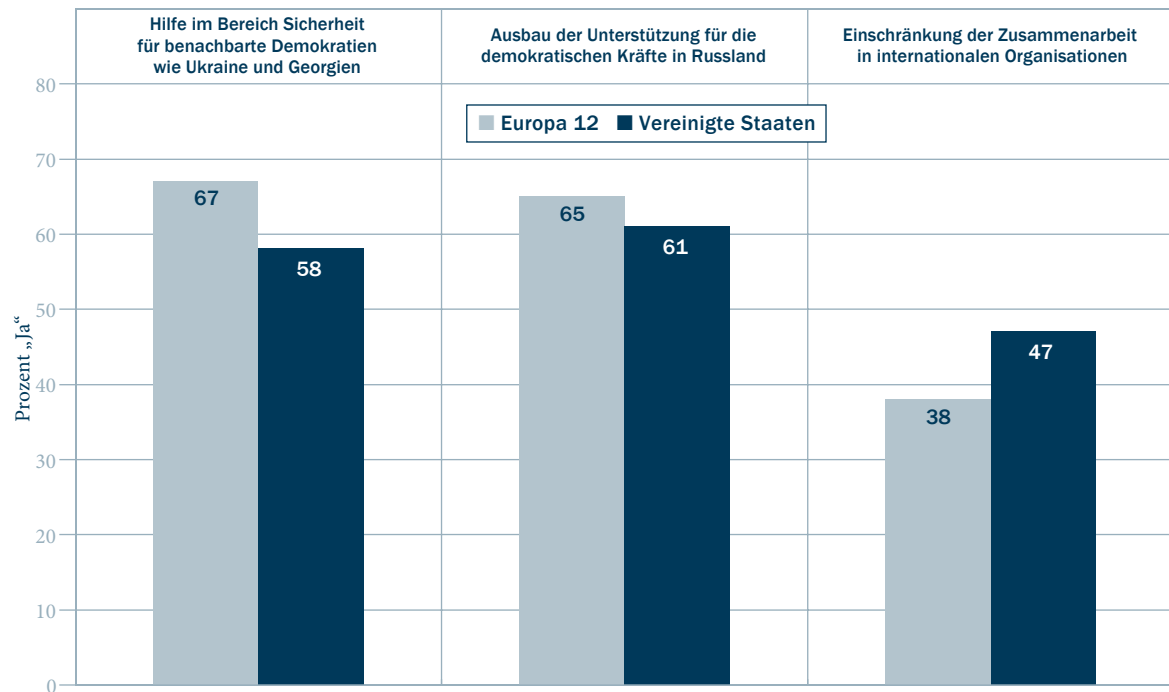
84% der Amerikaner und 72% der Europäer geben auch dieses Jahr ihrer Besorgnis über die Rolle Russlands als Waffenlieferant im Nahen Osten Ausdruck, ein Anstieg von fünf Prozentpunkten in den USA, und von 7 Prozentpunkten in Europa gegenüber 2007. Die Bedenken über Russlands Rolle als Energielieferant ist in den Vereinigten Staaten um 3 Prozentpunkte auf 61% und in Europa um 5 Prozentpunkte auf 64% gestiegen, mit Steigerungen von allein 12 Prozentpunkten in Rumänien, 9 Prozentpunkten in Frankreich und 8 Prozentpunkten in Großbritannien. 69% der Amerikaner und 58% der Europäer sorgen sich über das Verhalten Russlands gegenüber seinen Nachbarn (fast unveränderter Prozentsatz gegenüber dem Vorjahr). Die größten Sorgen hierüber macht man sich in Polen (71%), gefolgt von Großbritannien (69%) und Deutschland (68%). Ebenfalls unverändert ist die Besorgnis über eine Schwächung der Demokratie in Russland, bei den Europäern 58%, bei den Amerikanern ist die Zahl der Besorgten hierüber im Vergleich zu 2007 um 5 Prozentpunkte auf 70% gesunken. Am wenigsten Sorgen bereitet sowohl Amerikanern als auch Europäern (je 51%) die Rolle Russlands auf dem Balkan (siehe Grafik 7).

BESORGNIS ÜBER ENTWICKLUNGEN IN RUSSLAND



Grafik 7

WÜRDEN SIE FOLGENDE MASSNAHMEN IN BEZUG AUF RUSSLAND BEFÜRWORTEN?



Grafik 8

DEUTSCHLAND AM STÄRKSTEN BEUNRUHIGT WEGEN RUSSLAND

Wenn man folgende Fragen zur Besorgnis über Russland zusammennimmt – zur Schwächung der Demokratie im Land, Russlands Verhalten seinen Nachbarn gegenüber, Russland als Waffenlieferant im Nahen Osten und Russlands Rolle auf dem Balkan – dann zeigt Deutschland sich am besorgtesten: auf einer Skala von 0 bis 100 (100 = sehr besorgt) erreicht Deutschland in seiner Sorge über Russland und seine Politik 64 Punkte, gefolgt von Italien und Großbritannien mit 62 und den Vereinigten Staaten mit 60 Punkten. Am wenigsten besorgt zeigt sich Bulgarien mit 40 Punkten, gefolgt von der Slowakei mit 45 und der Türkei mit 49 Punkten.

WENIGER EUROPÄER BEREIT, RUSSLAND ZU ISOLIEREN

Die europäischen Befragten zeigen eine größere Bereitschaft, Russlands Nachbardemokratien wie der Ukraine und Georgien im Bereich Sicherheit Hilfe zu leisten als die Amerikaner (Europäer: 67%, Amerikaner: 58%). Das gleiche gilt wenn es darum geht, die demokratischen Kräfte innerhalb Russlands zu stärken (Europäer: 65%, Amerikaner: 61%). Die Europäer sind jedoch mit 38% weniger bereit als die Amerikaner (47%), die Zusammenarbeit mit Russland in internationalen Organisationen einzuschränken. Die höchste Zustimmung für eine verstärkte Unterstützung der demokratischen Kräfte in Russland gibt es in Deutschland mit 79%, Spanien (78%) und den Niederlanden (75%). Die Bereitschaft, Russlands demokratische Nachbarn zu schützen findet in Spanien und Portugal (80%) am meisten Zustimmung, gefolgt von Italien und den Niederlanden (79%). Eine Einschränkung der Zusammenarbeit mit Russland in internationalen Organisationen befürworten in Portugal 51%, in Italien 49%, sowie in Großbritannien und Spanien 45% (siehe Grafik 8).

NATO UND AFGHANISTAN

Im letzten Jahr warnte U.S.-Verteidigungsminister Robert Gates davor, dass die NATO Gefahr laufe, ein „zweistufiges“ Bündnis zu werden. Er verlieh seiner Besorgnis Ausdruck, dass viele Europäer „ein Problem mit unserer Politik im Irak haben und dies auf Afghanistan projizieren. Sie erkennen nicht die für sie so ganz andere Art der Bedrohung“.² Die europäischen Regierungschefs reagierten verhalten. Die deutsche Kanzlerin Angela Merkel warnte, dass der deutsche Beitrag in Afghanistan „begrenzt“ sei. Allerdings hat Deutschland auch angekündigt, diesen Herbst weitere 1.000 Soldaten zu entsenden.³ Frankreichs Präsident Sarkozy entsandte nach dem NATO-Gipfel weitere 700 Soldaten in

den Osten Afghanistans und kündigte im Anschluss daran Frankreich komplette Rückkehr in die integrierten Militärstrukturen der NATO an.

EUROPÄISCHE UNTERSTÜTZUNG FÜR NATO NIMMT WIEDER ZU

57% der Europäer meinen, dass die NATO noch immer unentbehrlich für die Sicherheit ihres Landes ist, das ist seit 2007 ein Zuwachs von 4 Prozentpunkten. Zuwächse sind in 8 der 12 Länder der Umfrage zu verzeichnen, mit Zunahmen von 11 Prozentpunkten in Spanien, 7 Prozentpunkten in Deutschland und 7 Prozentpunkten in Frankreich. Damit ist der Abwärtstrend bei der NATO-Zustimmung in Deutschland und Polen erstmalig seit 2002 angehalten. In Frankreich hat die Unterstützung für die NATO wieder das Niveau von 2002 erreicht. In den Vereinigten Staaten

² Englisch Originalzitat: <http://www.nytimes.com/2008/02/09/world/asia/09gates>

³ Englisch Originalzitat: http://www.dw-world.de/popups/popup_printcontent/0,,3508727,00.html

sind 59% der Meinung, dass die NATO noch immer eine wesentliche Bedeutung für die Sicherheit des eigenen Landes hat. Diese Zahl ist in den letzten Jahren quasi unverändert geblieben (siehe Grafik 9).

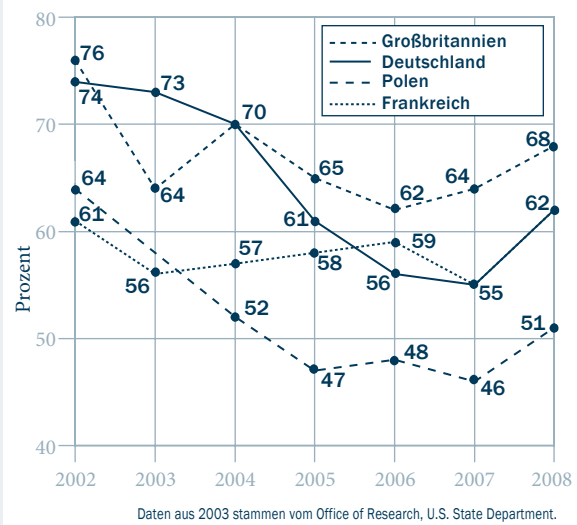
UNTERSTÜTZUNG FÜR MILITÄRISCHE UND FINANZIELLE LASTENTEILUNG

Die Mehrheit der Europäer (57%) ist der Auffassung, dass alle NATO-Mitgliedsstaaten Truppen entsenden sollten, wenn das Bündnis sich für militärische Aktionen entscheidet. 58% meinen, die NATO-Mitgliedsstaaten sollten die finanziellen Kosten eines NATO-Einsatzes aufteilen, auch wenn nicht alle Länder Truppen entsenden. Die Entsendung von Truppen findet die größten Mehrheiten in Großbritannien (82%), den Niederlanden (82%) und Portugal (68%). Die Kostenaufteilung bei NATO-Einsätzen wird in den Niederlanden mit 82%, Großbritannien mit 80% und Rumänien mit 67% am stärksten befürwortet. In den Vereinigten Staaten sind 82% der Befragten der Meinung, alle NATO-Mitgliedsstaaten sollten Truppen entsenden wenn das Bündnis einen Einsatz plant. Ebenfalls 82% der befragten Amerikaner sind der Meinung, dass alle NATO-Länder sich die Kosten eines Einsatzes teilen sollten, selbst wenn nicht alle Länder Truppen bereitstellen.

UNTERSTÜTZUNG FÜR NICHT-MILITÄRISCHE ANSÄTZE IN AFGHANISTAN

Unter den von sowohl von Amerikanern und Europäern mehrheitlich befürworteten Ansätzen zur Stabilisierung

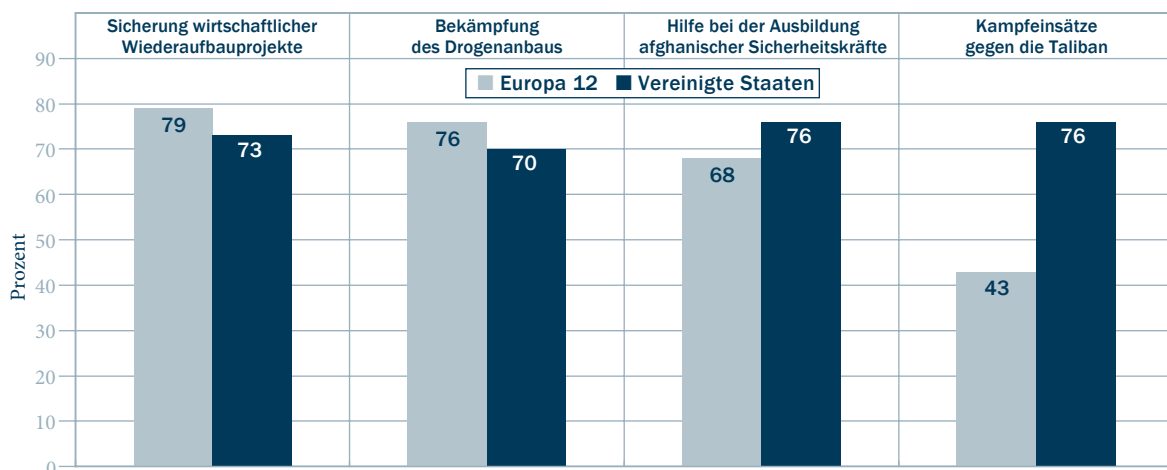
NATO WEITERHIN UNENTBEHRICH



Grafik 9

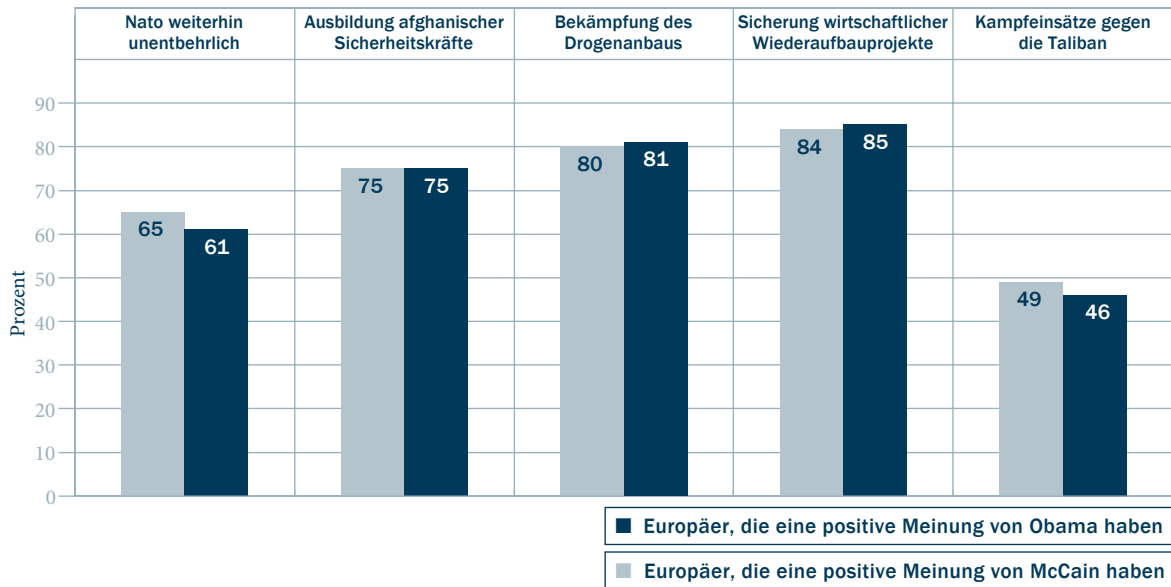
Afghanistans finden sich die Sicherung wirtschaftlicher Wiederaufbauprojekte (Amerikaner 73%, Europäer 79%), Hilfe bei der Ausbildung von afghanischen Sicherheitskräften (Amerikaner 76%, Europäer 68%) sowie die Bekämpfung des Drogenanbaus (Amerikaner 70%, Europäer 76%). Im Gegensatz dazu unterstützen 76% der Amerikaner, aber nur 43% der Europäer auch Kampfeinsätze gegen die Taliban (siehe Grafik 10). Die höchsten Zustimmungsraten für Kampfeinsätze finden sich in Europa in den Niederlanden (69%), Großbritannien (64%) und Portugal (53%).

Unterstützung für Optionen in Afghanistan



Grafik 10

ANSICHTEN EUROPAS ÜBER DIE NATO UND AFGHANISTAN



Grafik 11

GERINGFÜGIGE STRATEGIEUNTERSCHIEDE UNTER DEN EUROPÄERN

Bei vielen außenpolitischen Themen gibt es unter den befragten Europäern, die eine positive Meinung von Senator McCain haben und denen, die eine positive Meinung von Senator Obama haben, nur geringfügige Unterschiede: 65% der Europäer, die McCain positiv beurteilen, meinen, dass die NATO für die Sicherheit ihrer Mitgliedsstaaten unerlässlich ist. Dies meinen auch 61% der Europäer, die Obama positiv beurteilen. Die Zahl der Befürworter nicht-militärischer Optionen in Afghanistan ist in beiden Gruppen fast identisch, bei der Zustimmung zu Kampfhandlungen gegen

die Taliban gibt es eine Differenz von 3 Prozentpunkten: 49% der Europäer, die McCain und 46% der Europäer, die Obama gut finden, halten Kampfhandlungen gegen die Taliban für sinnvoll (siehe Grafik 11). Europäer auf beiden Seiten des politischen Spektrums geben mehrheitlich an, eine positive Meinung von Senator Obama zu haben: 82% derjenigen, die sich selbst politisch „links“ einschätzen, und 64% derjenigen, die sich selbst politisch „rechts“ einschätzen. 31% der befragten Europäer, die sich selbst „rechts“ einordnen, und 21% der befragten Europäer, die sich selbst „links“ einordnen, haben eine positive Meinung von Senator McCain.



TRANSATLANTIC TRENDS

III: Die amerikanischen Wähler vor Präsidentschaftswahlen

In den diesjährigen *Transatlantic Trends* beleuchten wir genauer, was sich die amerikanische Öffentlichkeit von den transatlantischen Beziehungen erhofft und untersuchen auch, inwiefern die Einstellungen der Befragten zu den Kandidaten Meinungsunterschiede über Handlungsoptionen und Themen auf der transatlantische Agenda widerspiegeln. Sowohl Senator John McCain als auch Senator Barack Obama haben den Imageverlust der Vereinigten Staaten in Europa in den letzten Jahren erkannt und fordern die Wiederherstellung der guten Beziehungen zu den Verbündeten. Sie sind sich auch darin einig, dass die Vereinigten Staaten beim Klimawandel gegensteuern, Folter ablehnen und das Gefangenenlager Guantánamo Bay auf Kuba schließen sollten. Keine Übereinstimmung gibt es hingegen bei den beiden Kandidaten unter anderem in den Fragen, welche Strategien im Irak und in Afghanistan die besten sind und ob die Vereinigten Staaten sich mit dem Iran zum Thema Atomprogramm an den Verhandlungstisch setzen sollten. Haben Amerikaner, die Senator Obama oder Senator McCain unterstützen, unterschiedliche Einschätzungen von internationalen Bedrohungsszenarien oder den Prioritäten, die der neue Präsident und die europäischen Regierungschefs setzen sollten? Ähneln sich ihre Meinungen zur NATO oder der Europäischen Union? Gehen ihre Meinungen bei Themen wie Energieabhängigkeit, dem Erstarken Russlands oder der Anwendung von militärischer Gewalt auseinander, einem Thema das sich wie ein roter Faden durch viele Herausforderungen auf der transatlantischen Agenda zieht?

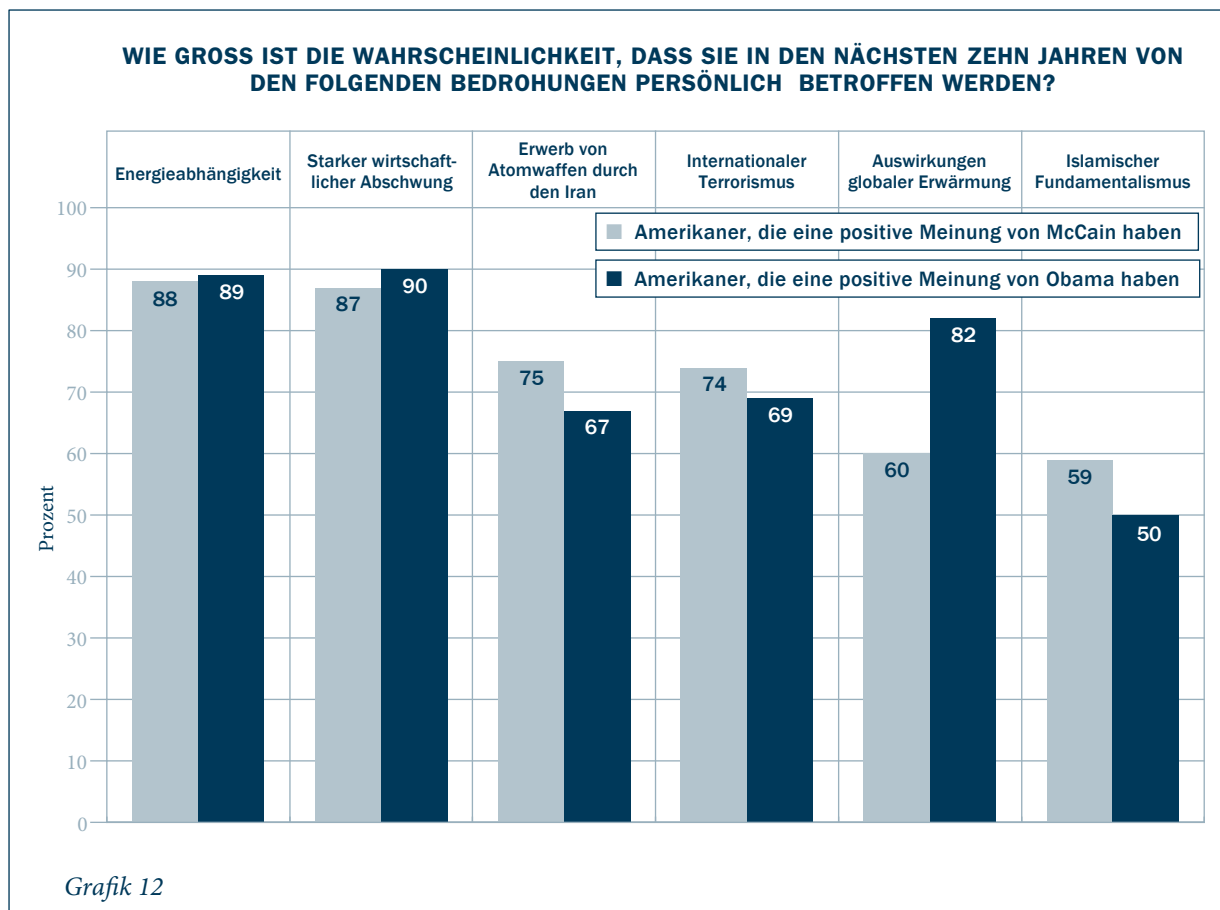
POSITIVE ANSICHTEN ÜBER DIE KANDIDATEN SPIEGELN HOHES MASS AN UNTERSTÜTZUNG BEI JEWEILIGEN PARTEIGÄNGERN WIDER

In den Vereinigten Staaten haben Mehrheiten der befragten Amerikaner eine positive Meinung sowohl von Senator McCain als auch von Senator Obama, mit einem besonders hohen Maß an Unterstützung für den jeweiligen Kandidaten innerhalb der eigenen Partei. 56% der amerikanischen Befragten haben eine positive Meinung von McCain (89% derjenigen, die sich selbst als Republikaner identifizieren und 27% derjenigen, die sich selbst als Demokraten identifizieren⁴). 54% haben eine positive Meinung von Obama (82% der Demokraten und 27% der Republikaner). 24% der Amerikaner haben eine positive Meinung von beiden Kandidaten.

WENIGER AMERIKANER GLAUBEN, DASS OBAMAS WAHL ZUM PRÄSIDENTEN DIE TRANS-ATLANTISCHEN BEZIEHUNGEN VERBESSERN WIRD

Weniger Amerikaner (40%) als Europäer (47%) glauben, dass sich die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Europa verbessern, sollte Senator Obama gewählt werden. Sollte Senator McCain gewählt werden, glaubt ein sehr ähnlicher Prozentsatz der amerikanischen und europäischen Befragten, dass die Beziehungen unverändert bleiben. (Amerikaner: 52%, Europäer: 49%). Deutliche Unterschiede je nach Parteizugehörigkeit gibt es bei den Amerikanern bei der Frage, ob sich die Beziehungen verbessern werden, sollte Obama gewählt werden (66% der Demokraten und 20% der Republikaner), während der Unterschied bei denen

⁴ im weiteren Text als „Republikaner“ und „Demokraten“ bezeichnet.



die meinen, die Beziehungen werden gleich bleiben, sollte McCain gewählt werden, geringer ausfällt (50% der Demokraten und 57% der Republikaner).

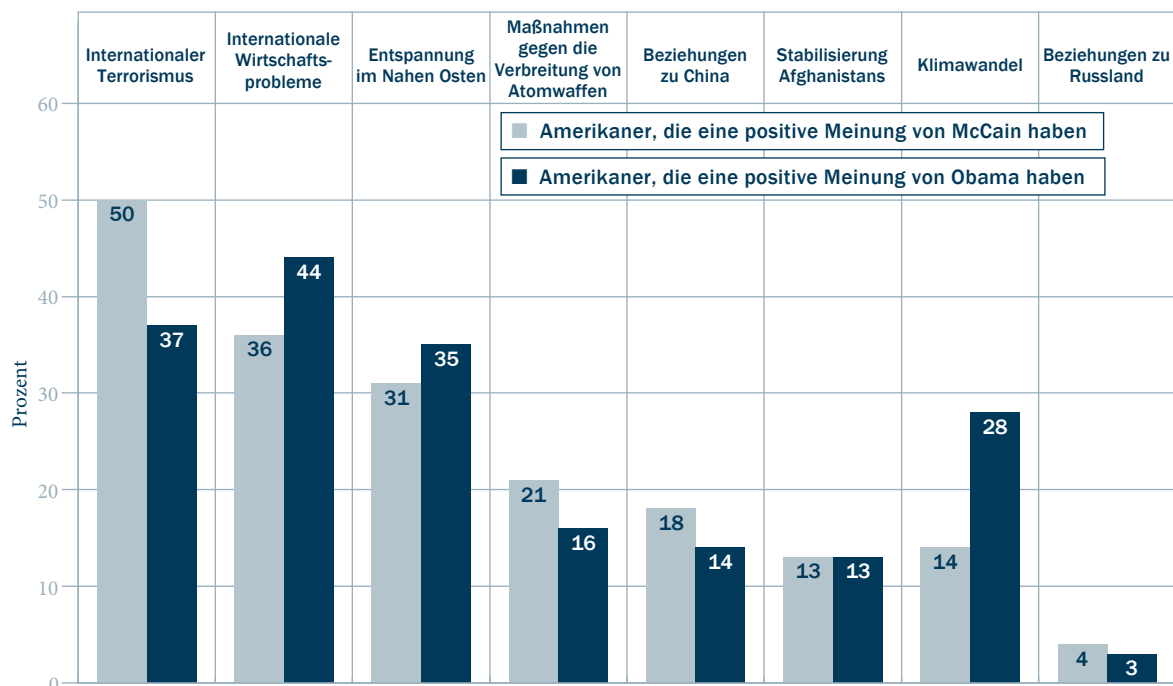
UNTERSCHIEDLICHE EINSCHÄTZUNGEN INTERNATIONALER BEDROHUNGEN

Im Grad der Besorgnis über die Auswirkungen des Klimawandels unterscheiden sich die Amerikaner, die Obama positiv sehen und die Amerikaner, die McCain positiv sehen sehr deutlich: Amerikaner mit einer positiven Meinung von Obama fühlen sich im Gegensatz zu Amerikanern mit einer positiven Meinung von McCain durch die globale Erwärmung wesentlich mehr bedroht (+22 Prozentpunkte). Amerikaner, die McCain positiv sehen fühlen sich hingegen zu einem größeren Prozentsatz durch den internationalen Terrorismus (+5 Prozentpunkte), Iran im Besitz von Atomwaffen (+8 Prozentpunkte) und islamischen Fundamentalismus (+9 Prozentpunkte) bedroht. Ihre Besorgnis indes unterscheidet sich nicht in Fragen der Energieabhängigkeit und eines Wirtschaftsabschwungs (siehe Grafik 12).

UNTERSCHIEDLICHE GEWICHTUNG BEI TRANSATLANTISCHEN PRIORITÄTEN

Während die Amerikaner insgesamt bei den Themen übereinstimmen, die höchste Priorität für den nächsten Präsidenten und die europäischen Regierungschefs haben sollten, gibt es doch Unterschiede in der Gewichtung und Reihenfolge, je nach dem ob die Befragten ein positives Bild von McCain oder ein positives Bild von Obama haben. 50% derjenigen, die eine positive Meinung von McCain haben führen den internationalen Terrorismus als eine der zwei wichtigsten Prioritäten an, 36% internationale Wirtschaftsprobleme, 31% die Entspannung im Nahen Osten, und 21% sind der Ansicht, dass Maßnahmen gegen die Verbreitung von Atomwaffen eines der zwei Hauptthemen sein müsse. Hingegen identifizieren 44% derjenigen, die eine positive Meinung von Obama haben internationale Wirtschaftsprobleme als eines von zwei Top-Themen, 38% den internationalen Terrorismus, 35% die Entspannung im Nahen Osten und 28% den Klimawandel (siehe Grafik 13).

PRIORITÄTEN FÜR DEN KÜNFTIGEN PRÄSIDENTEN UND DIE EUROPÄISCHEN REGIERUNGSCHEFS



Grafik 13

MEHR OBAMA-ANHÄNGER WOLLEN ENGERE TRANSATLANTISCHE BEZIEHUNGEN

In Amerika sind 56% derjenigen, die eine positive Meinung von Obama haben und 43% derjenigen, die eine positive Meinung von McCain haben der Ansicht, die Partnerschaft zwischen den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union solle in den Bereichen Sicherheit und Diplomatie enger werden. Mehr Amerikaner, die Obama positiv sehen glauben, dass sich die Beziehungen zwischen Europa und den USA im letzten Jahr verschlechtert haben (48%), während ein höherer Anteil derjenigen, die McCain positiv sehen, der Meinung ist, dass die Beziehungen gleich geblieben sind (45%).

GRÖßERE UNTERSTÜTZUNG FÜR AFGHANISTAN- ENGAGEMENT UNTER DEN MCCAIN-ANHÄNGERN

Ein größerer Prozentsatz der Amerikaner, die Senator McCain positiv sehen unterstützt ein breitgefächertes Engagement in Afghanistan als derjenigen, die Senator Obama positiv sehen, obwohl die Unterstützung für das Engagement in Afghanistan bei beiden Gruppen oberhalb des zwei-Drittel-Bereiches liegt. 78% derjenigen, die

McCain positiv sehen unterstützen Maßnahmen, die die Sicherheit wirtschaftlicher Wiederaufbauprojekte gewährleisten (im Vergleich zu 73% derjenigen, die Obama positiv sehen), 80% unterstützen die Ausbildung von Polizei und Militär (verglichen mit 74% derjenigen, die Obama positiv sehen) und 75% die Bekämpfung des Drogenanbaus (verglichen mit 67% derjenigen, die Obama positiv sehen). 84% derjenigen, die eine positive Meinung von McCain haben sind außerdem für Kampfeinsätze gegen die Taliban, verglichen mit 73% derjenigen, die Obama positiv sehen.

MCCAIN-ANHÄNGER HABEN DIE GRÖßERE BEREITSCHAFT ZU EINEM MILITÄREINSATZ IM IRAN

Sollten die diplomatischen Bemühungen nicht verhindern können, dass der Iran in den Besitz von Atomwaffen kommt, so sind 34% der Amerikaner, die Senator Obama positiv sehen und 25% der Amerikaner, die Senator McCain positiv sehen der Meinung, die USA und Europa sollten den diplomatischen Druck auf den Iran weiter erhöhen, aber den Einsatz militärischer Mittel grundsätzlich ausschließen. 41% derjenigen, die Obama positiv sehen und

54% derjenigen, die McCain positiv sehen glauben, dass Amerika und Europa in diesem Falle den diplomatischen Druck weiter erhöhen, aber den Einsatz militärischer Mittel nicht ausschließen sollten. Nur ein kleiner Prozentsatz der Amerikaner die Obama positiv sehen (5%) und derjenigen, die McCain positiv sehen (3%) sind bereit, die Entwicklung atomarer Waffen im Iran zu akzeptieren.

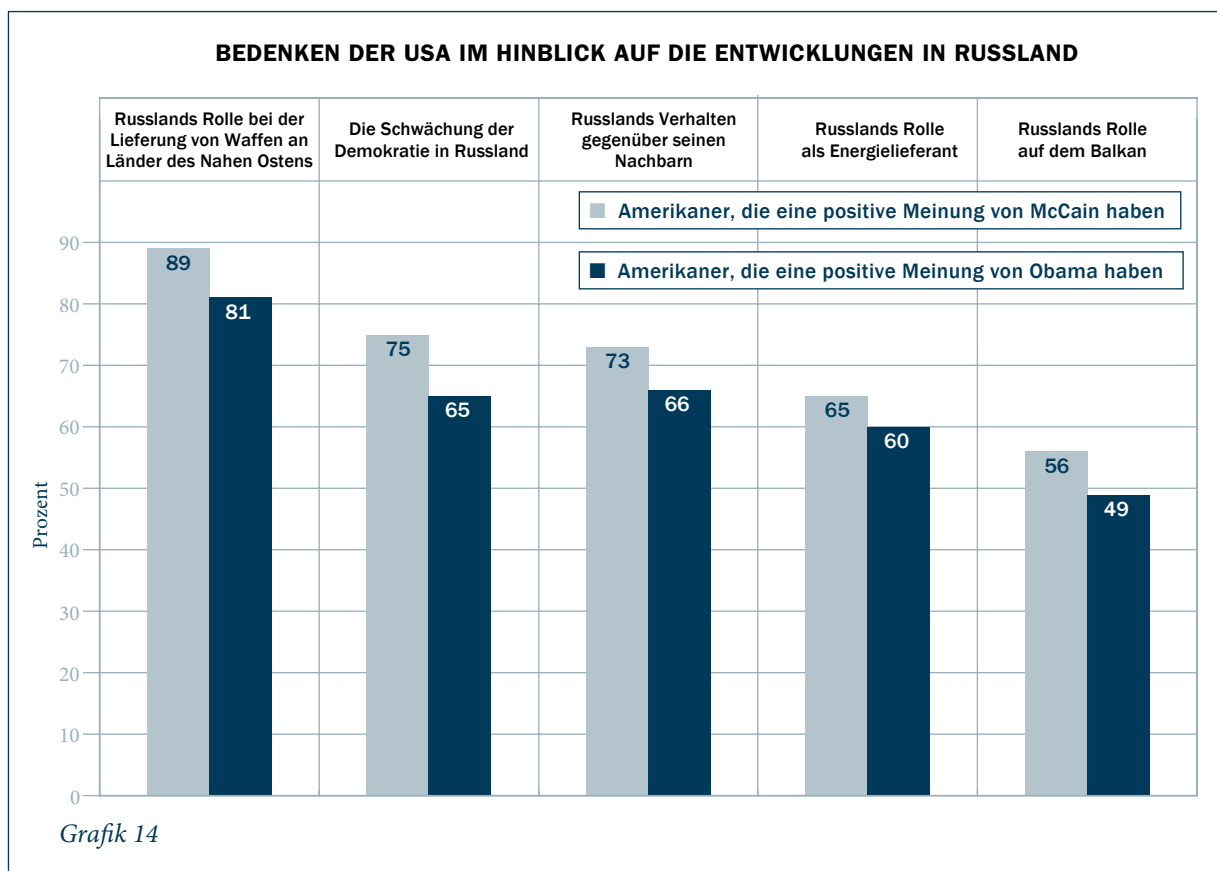
MCCAIN-ANHÄNGER BESORGTER ÜBER RUSSLAND

Amerikaner, die eine positive Meinung von Senator McCain haben sind besorgter über Entwicklungen in Russland als Amerikaner, die Senator Obama positiv sehen. Dies gilt für alle abgefragten Themen: Russlands Rolle als Energielieferant (65% zu 60%), Schwächung der Demokratie im Land (75% zu 65%), Russlands Verhalten seinen Nachbarn gegenüber (73% zu 66%), Russlands Rolle als Waffenlieferant im Nahen Osten (89% zu 81%) und Russlands Rolle auf dem Balkan (56% zu 49%). Ebenfalls mehr Amerikaner, die McCain positiv sehen unterstützen Aktivitäten zur Stärkung demokratischer Kräfte in Russland (63% zu 59%) und die Einschränkung der Zusammenarbeit mit

Russland in internationalen Organisationen (51% zu 47%). (siehe Grafik 14)

GRÖßERE ZUSTIMMUNG ZUR DEMOKRATIE-FÖRDERUNG BEI DEN MCCAIN-ANHÄNGERN

38% der befragten Amerikaner sind der Meinung, dass es die Aufgabe der Vereinigten Staaten sei, beim Aufbau der Demokratie in anderen Ländern zu helfen, 56% sprechen sich dagegen aus. 32% der Demokraten und 54% der Republikaner unter den Befragten sind für Demokratieförderung, 63% der Demokraten und 39% der Republikaner sind dagegen. Diese Werte sind im Vergleich zum letzten Jahr quasi unverändert geblieben, damit ist erstmalig seit 2005 die Zustimmung zur Demokratieförderung nicht weiter zurückgegangen. 47% der Amerikaner, die eine positive Meinung von McCain haben und 33% derjenigen, die eine positive Meinung von Obama haben sind der Ansicht, Amerika solle die Entwicklung von Demokratien vorantreiben.



ZUSTIMMUNG UNTER DEN AMERIKANERN, DASS KRIEG MANCHMAL NOTWENDIG IST, WEICHT AUF

Seit 2003 pflichten jährlich fast zwei Drittel der befragten Amerikaner in dieser Umfrage der Aussage bei, dass „Krieg unter bestimmten Bedingungen notwendig ist, um Gerechtigkeit zu erlangen,“ (2008: 74%), verglichen mit 29% der Europäer. Während dieses Zeitraums hat sich allerdings die Intensität der Zustimmung verändert. Die Zahl der Amerikaner, die vehement dafür stimmen, ist von 55% (2003) auf 40% (2008) gesunken. Die Zahl derer, die vehement dagegen stimmen, ist hingegen von 7% auf 16% gestiegen. Unter den Amerikanern, die eine positive Meinung von McCain haben, stimmen insgesamt 82% zu, dass Krieg unter gewissen Umständen notwendig ist, um Gerechtigkeit zu erlangen, 47% stimmen dem vehement zu. Unter den Amerikanern, die eine positive Meinung von Obama haben stimmen insgesamt 68% zu und 29% stimmen vehement zu.



TRANSATLANTIC TRENDS

IV: Turbulenzen in der Türkei

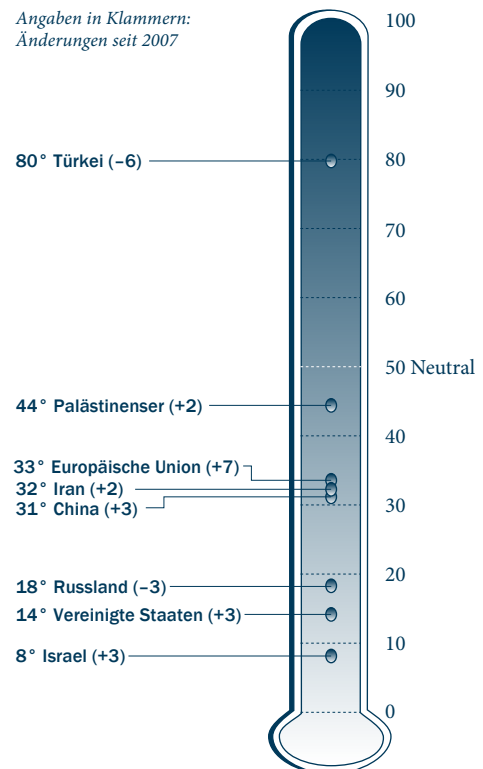
Beobachter haben in den letzten Jahren mit Besorgnis festgestellt, dass sich die Türkei nach der Krise der Beziehungen zu den USA durch den Irak-Krieg zunehmend vom atlantischen Bündnis entfernt hat. Die regierende AKP wurde im Juni 2007 mit 47% der Stimmen wiedergewählt. Doch nach einigen Monaten gab das türkische Verfassungsgericht in Ankara seine Zustimmung zu einer Anhörung, die das Verbot der Partei forderte, weil der Verdacht bestand, die AKP wolle die säkulare Basis des Landes aushöhlen. Die Europäische Union warnte vor einem Verbot der AKP, da dies die Beitrittsverhandlungen der Türkei zur Union gefährden könnte. U.S.-Außenministerin Condoleezza Rice erklärte: „Wir werden mit dieser Regierung weiterhin zusammenarbeiten ... mit der uns gemeinsame Werte verbinden.“⁵ Kurz danach schlug das Verfassungsgericht ein von der AKP erlassenes Gesetz nieder, dass das Tragen des Kopftuches in Universitäten erlaubt hätte, entschied sich allerdings dagegen, ein Parteiverbot auszusprechen. Stattdessen gab das Gericht eine „ernsthafte Warnung“ aus. Die U.S.-türkischen Beziehungen haben sich im letzten Jahr auf offizieller Ebene verbessert, seit die Bush-Administration die kurdische Arbeiterpartei PKK als „Feind“ eingestuft und der türkischen Armee Unterstützung im Kampf gegen die PKK im nördlichen Irak zugesagt hat. Die Europäische Union rief indes eine Mittelmeerunion unter Federführung des französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy ins Leben. Die Türkei hatte anfänglich die Befürchtung, das Projekt Mittelmeerunion würde ihre Beitrittsverhandlungen zur Europäischen Union ins Stocken

bringen. Schließlich nahm der türkische Premierminister Recep Tayyip Erdoğan dann aber an der Gründungsfeier der Union teil.

⁵ Englisch Originalzitat: <http://www.state.gov/secretary/rm/2008/06/105690.htm>

THERMOMETERANZEIGE: TÜRKISCHE SYMPATHIEN GEGENÜBER ANDEREN

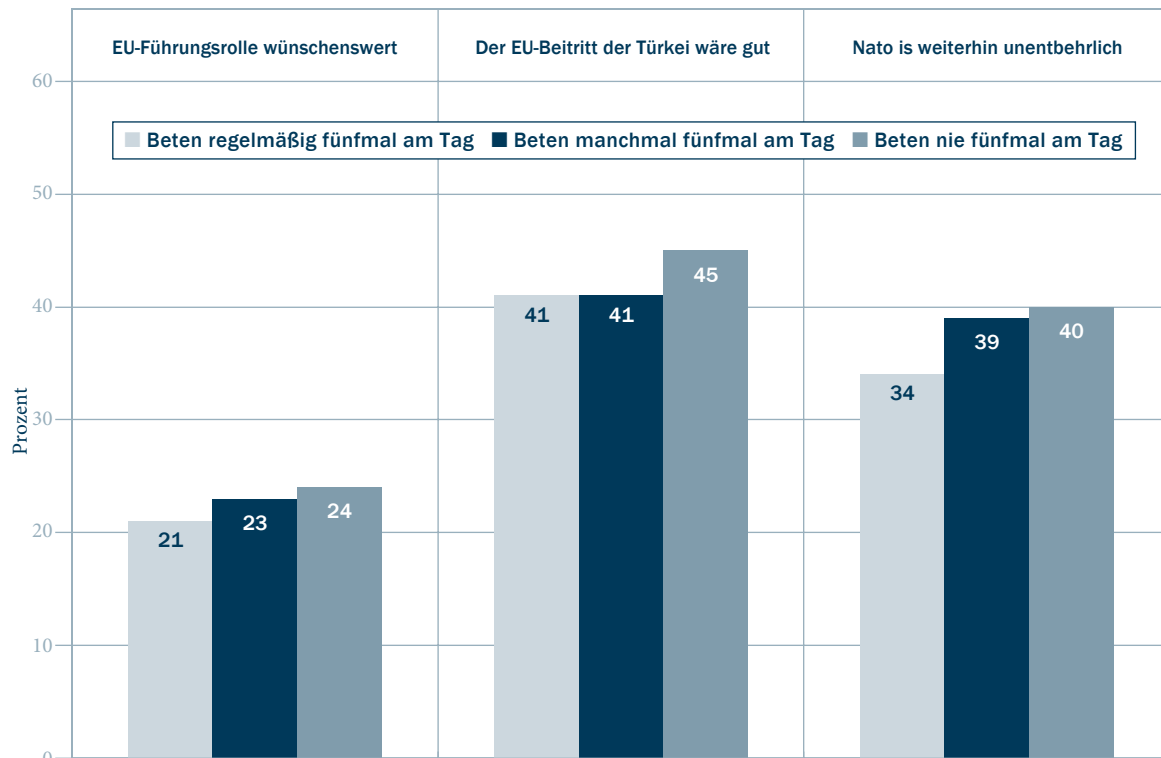
Angaben in Klammern:
Änderungen seit 2007



Grafik 15

GEFÜHLE GEGENÜBER ANDEREN

RELIGIOSITÄT UND POLITISCHE EINSTELLUNGEN IN DER TÜRKEI



Grafik 16

DIE TÜRKEI ERWÄRMT SICH ETWAS MEHR FÜR ANDERE LÄNDER

Auf dem 100-Punkte-Thermometer stuft sich die Türkei bei 80 ein; 40 Punkte „wärmer“ als ihr Votum für alle anderen Länder. Im vergangenen Jahr ist die Sympathie der Türkei gegenüber den EU-Mitgliedsstaaten um 7 auf 33 Punkte gestiegen, gegenüber den Vereinigten Staaten um 3 auf 14 Punkte. Damit scheint der seit 2004 gemessene Trend der politischen Abkühlung angehalten. Die türkische Sympathie für den Iran ist um 2 auf 32 Punkte gestiegen. Die Amerikaner sind in ihren Sympathiewerten für die Türkei bei 47, die Europäer bei 43 Punkten geblieben (siehe Grafik 15).

DIE TÜRKEI SIEHT DIE U.S.- UND EU-FÜHRUNG SOWIE DIE NATO NOCH IMMER SEHR KRITISCH

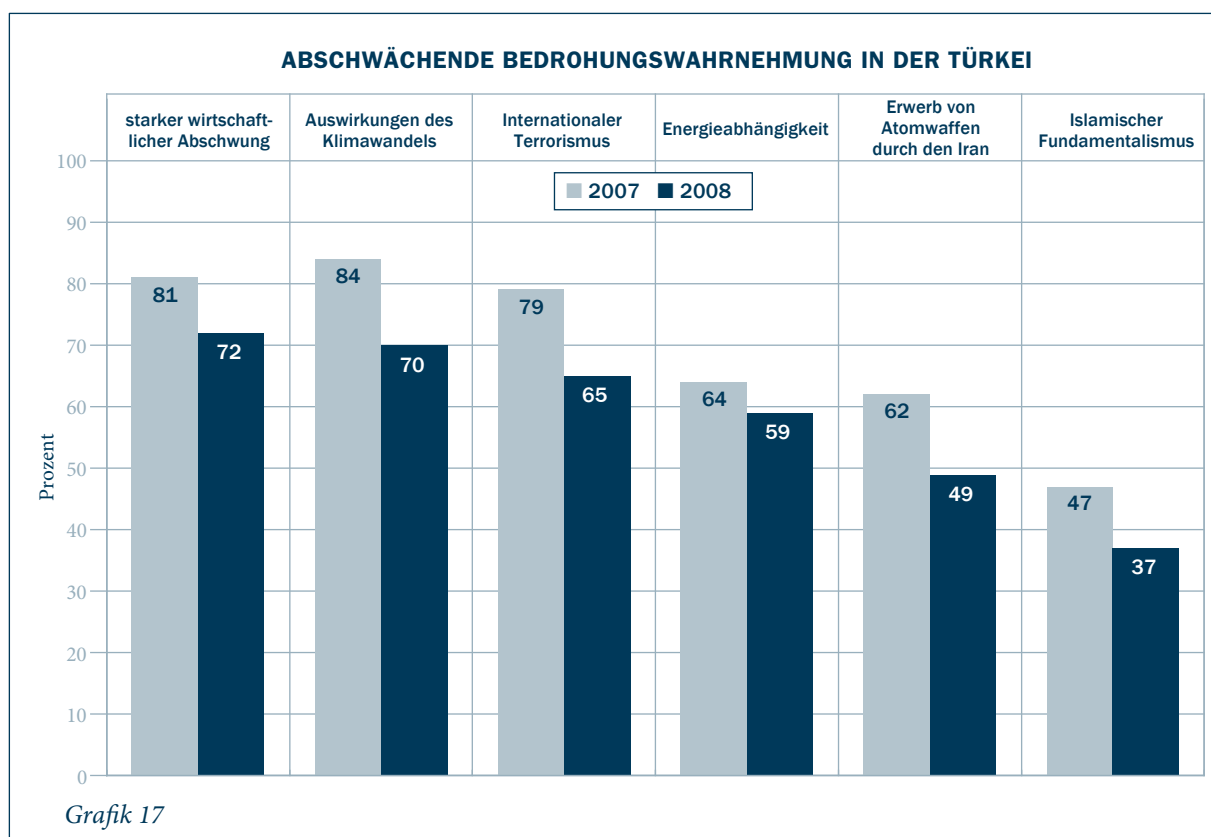
Die Befragten in der Türkei stehen der Führungsrolle von USA und Europäischer Union in weltpolitischen Angelegenheiten weiterhin enorm kritisch gegenüber. Nur 8% wünschen sich eine U.S.-Führungsrolle, 22% eine EU-Führungsrolle. Nur 8% der Befragten bewerten die

Politik George W. Bushs positiv, auch wenn die Zahl derer, die seine Politik ablehnen, um 12 Prozentpunkte auf 71% gesunken ist. In der Türkei gibt es mithin nur 38% der Befragten, die die NATO für unentbehrlich erachten (die geringste Zustimmungsrates unter den befragten Ländern). Dies ist allerdings ein Zuwachs von 3 Prozentpunkten und stoppt damit den abflauenden Trend.

RELIGIOSITÄT PRÄGT NICHT DIE ANSICHTEN ÜBER DIE TRANSATLANTISCHEN BEZIEHUNGEN

Die Ansichten über die transatlantischen Beziehungen bei Türken, die regelmäßig, manchmal, oder nie fünfmal am Tag beten unterscheiden sich nur unwesentlich voneinander.⁶ So gibt es nur geringe Abweichungen bei der Frage, wie wünschenswert eine Führungsrolle der EU ist. Dafür stimmen 21% derjenigen, die regelmäßig fünfmal am Tag beten, 23% derjenigen, die manchmal fünfmal am Tag

⁶ 35% der Gesamtbevölkerung der Türkei beten regelmäßig fünfmal am Tag, 44% manchmal und 18% nie fünfmal am Tag.



beten und 24% derjenigen, die nie fünfmal am Tag beten. Ähnlich sieht es im Hinblick auf eine Führungsrolle der USA aus: 6% derjenigen, die regelmäßig fünfmal am Tag beten, 9% derjenigen, die manchmal fünfmal am Tag beten und 7% derjenigen, die nie fünfmal am Tag beten halten dies für wünschenswert. Zusätzlich gibt es geringfügige Unterschiede in der Auffassung, ob eine EU-Mitgliedschaft erstrebenswert sei. Dafür stimmen 41% derer, die regelmäßig fünfmal am Tag beten, 41% derer, die manchmal fünfmal täglich beten und 45% derer, die nie fünfmal am Tag beten. 34% derjenigen, die regelmäßig fünfmal am Tag beteten, meinen, dass die NATO wichtig sei. Dieser Auffassung sind auch 39% derjenigen, die manchmal fünfmal am Tag beten und 40% derjenigen, die nie fünfmal am Tag beten (siehe Grafik 16).

GROSSE MEHRHEIT GEGEN KOPFTUCHVERBOT AN UNIVERSITÄTEN

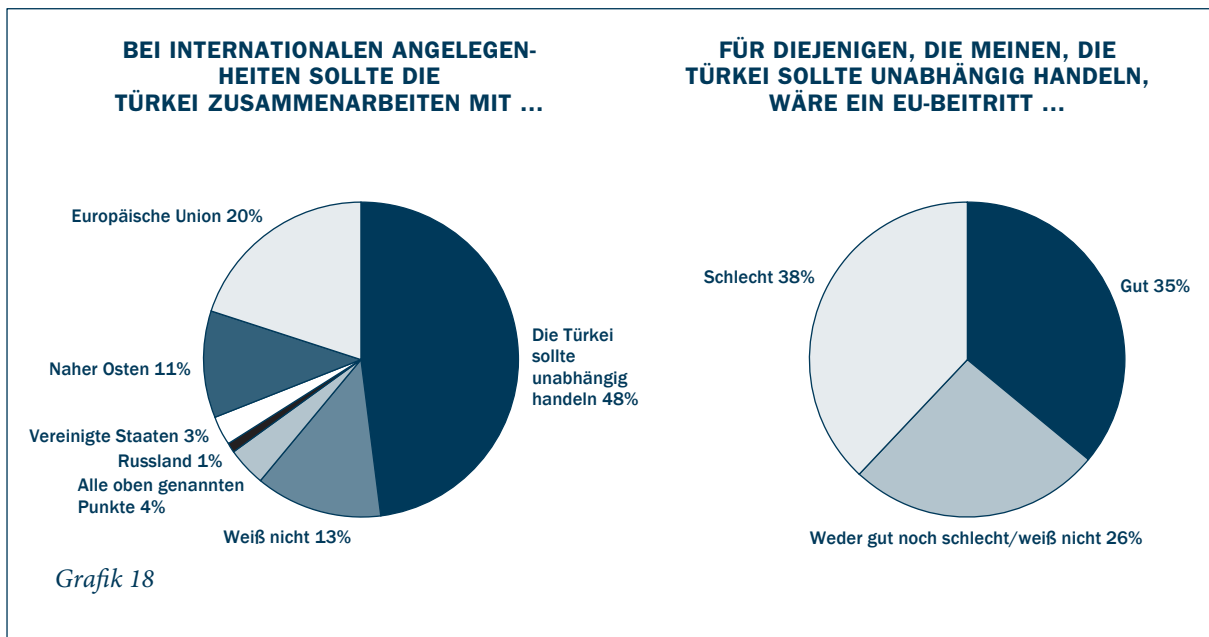
70% der Befragten in der Türkei geben an, gegen das Kopftuchverbot an Universitäten zu sein. Dieser Auffassung sind 80% derjenigen, die fünfmal am Tag beten, 72%, die manchmal fünfmal am Tag beten und 52% derjenigen, die nie fünfmal am Tag beten.

ABSCHWÄCHENDE BEDROHUNGSWAHRNEHMUNG IN DER TÜRKEI

Die türkischen Befragten halten es am wahrscheinlichsten, dass sie von den Auswirkungen eines wirtschaftlichen Abschwungs (72%), der Klimaerwärmung (70%) und internationalem Terrorismus (65%) persönlich betroffen werden. Die Bedrohungswahrnehmung ist in der Türkei im letzten Jahr durchweg gesunken. Die Zahl der Befragten, die sich durch globale Erwärmung oder internationalen Terrorismus bedroht fühlen, ist in diesem Jahr um 14 Prozentpunkte zurückgegangen, ein ähnliches Bild ergibt sich bezüglich islamischem Fundamentalismus (-10 Prozentpunkte), globalem Wirtschaftsabschwung (-9 Prozentpunkte) und Energieabhängigkeit (-5 Prozentpunkte). (siehe Grafik 17)

GROSSE ZUSTIMMUNG FÜR UNABHÄNGIGES HANDELN DER TÜRKEI

48% der türkischen Befragten meinen, die Türkei solle auf internationaler Ebene unabhängig agieren. 20% dagegen ziehen es vor, dass die Türkei gemeinsam mit der Europäischen Union agiert, 11% meinen, die Türkei solle mit den Ländern des Nahen Ostens zusammenarbeiten,



3% favorisieren die Zusammenarbeit mit den USA und lediglich 1% ist der Ansicht, die Türkei solle mit Russland zusammenarbeiten. Diejenigen, die sich für unabhängiges Handeln aussprechen, haben jedoch unterschiedliche Einstellungen zum EU-Beitritt: 36% meinen, eine Mitgliedschaft sei der Türkei gut, 38% meinen, ein Beitritt sei schlecht, 26% sehen einen Beitritt neutral: weder gut noch schlecht. (siehe Grafik 18).

EUROPÄER UND TÜRKEN MEINEN ÜBEREINSTIMMEND, DASS DIE TÜRKEI NICHT TEIL DES WESTENS IST

57% der Europäer und 55% der Türken sind der Meinung, die Türkei habe so unterschiedliche Werte, dass sie nicht wirklich zur westlichen Welt gehört. Die größte Mehrheit bei dieser Frage findet sich in Deutschland mit 76%, gefolgt von Frankreich mit 68% und Italien mit 61%. Die amerikanischen Befragten teilen diese Ansicht nicht. 41% meinen, dass die Türkei genügend gemeinsame Werte mit dem Westen habe, um Teil der westlichen Welt zu sein.

UNTERSTÜTZUNG DER AMERIKANER FÜR EINEN EU-BEITRITT DER TÜRKEI NIMMT AB

Sowohl in Europa als auch in der Türkei blieben die Ansichten zum EU-Beitritt der Türkei unverändert. Der größte Prozentsatz der Befragten in der Türkei (42%) glaubt, dass ein Beitritt gut wäre. Der größte Prozentsatz der europäischen Befragten (45%) stuft einen EU-Beitritt der Türkei weder positiv noch negativ ein. In den USA ist die Zahl derjenigen, die den EU-Beitritt der Türkei befürworten, um 8 Prozentpunkte auf 32% gesunken. Für 46% (10 Prozentpunkte mehr im Vergleich zu 2007) ist ein EU-Beitritt der Türkei weder gut, noch schlecht. 60% der Europäer und 48% der Amerikaner halten den EU-Beitritt der Türkei für wahrscheinlich, im Gegensatz zu nur 26% der Türken.



TRANSATLANTIC TRENDS

V: Fazit

T*ransatlantic Trends* hat über die letzten Jahre ein fesselndes Bild vom Image der Vereinigten Staaten in Europa während der Bush-Administration gezeigt – zunächst ein starkes Abfallen der Unterstützung für eine globale Führungsrolle der Vereinigten Staaten und dann relativ niedrige aber stabile Werte bei dieser Frage seit 2004. Während andere Umfragen einen Imagegewinn der USA während der Vorwahlphase zu Beginn des Jahres 2008 aufzeigten,⁷ so legt doch der fehlende Wandel in unserer Umfrage im Juni den Schluss nahe, dass diese Verbesserungen lediglich temporär waren. Gleichzeitig hat diese Umfrage immer wieder aufgezeigt, dass die permanente Kritik an George W. Bush sich nicht zu einer generellen antiamerikanischen Einstellung verhärtet zu haben scheint, denn die Europäer trennen weiterhin klar zwischen ihrer Einstellung gegenüber den USA und ihrer Einstellung zur Politik des Präsidenten.

Unabhängig davon, wer im November die Wahl gewinnt, wird es überaus wichtig sein, aufzupassen, dass die Erwartungen an den neuen Präsidenten auf beiden Seiten des Atlantiks nicht zu hoch angesetzt werden. Wird Senator Obama Präsident, erwarten die Europäer vielleicht, dass er multilateral agieren wird als es je für einen amerikanischen Präsidenten wahrscheinlich ist. Auch wenn weniger Europäer glauben, dass sich die Beziehungen verbessern werden, wenn Senator McCain das Präsidentenamt übernimmt so hat er doch erklärt, dass es „eine der obersten Prioritäten“ im Falle seiner Wahl sein werde,

„die transatlantische Partnerschaft wiederzubeleben.“⁸ Die Amerikaner erwarten möglicherweise, dass die Europäer ihre Kritik gegenüber den Vereinigten Staaten über Nacht ändern, was auch sehr unwahrscheinlich ist. Es mag in der zweiten Amtszeit von Präsident Bush für beide Seiten relativ einfach gewesen sein, sich – in stillschweigender Übereinstimmung – im Bezug auf den Irak nicht weiter gegenseitig unter Druck zu setzen. Der nächste amerikanische Präsident wird allerdings mit Sicherheit europäische Hilfe bei einer Reihe von globalen Herausforderungen suchen und das schließt die Stabilisierung Afghanistans und die Gestaltung der Beziehungen zu Russland mit ein.

Amerikaner und Europäer scheinen keine grundsätzlich unterschiedliche Auffassung von internationalen Bedrohungen und vorrangigen Themen zu haben. Dennoch bleiben Unterschiede im politischen Denken und Handeln. Auch wenn die Europäer auf Senator Obama hoffen, bedeutet das nach unseren Umfrageergebnissen nicht, dass diese Sympathie gleichzusetzen ist mit einer Übereinstimmung mit Obamas amerikanischen Anhängern bei Fragen wie der Entsendung von Truppen nach Afghanistan zur Bekämpfung der Taliban. Diese Tatsache ist besonders wichtig zu einem Zeitpunkt, da noch immer Fragen zur Rolle der Europäischen Union als globalem Akteur offen bleiben, nachdem zum Beispiel Irland das Lissabon-Reformabkommen abgelehnt hat. Die Türkei hat sich mit der Entscheidung ihres Verfassungsgerichts, die AKP nicht zu verbieten, gerade noch an einer handfesten

⁷ Siehe BBC-Umfrage vom Januar 2008 auf <http://news.bbc.co.uk/2/hi/americas/7324337.stm> und ARD Deutschland Umfrage vom April 2008 auf <http://www.infratest-dimap.de/?id=39&aid=160#ue3>

⁸ Englisches Originalzitat: <http://www.foreignaffairs.org/20071101faessay86602-p30/john-mccain/an-enduring-peace-built-on-freedom.html>

Krise vorbeilavieren können. Diese Entscheidung könnte sogar Fortschritte in den EU-Beitrittsverhandlungen ermöglichen.

Die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten wird nach den Wahlen im November zeigen, wie viel Gewicht die Ergebnisse der Transatlantic Trends seit 2002 haben, am deutlichsten wird man wohl sehen, ob die jüngsten Veränderungen sich als langfristig oder kurzlebig erweisen. Die Aussichten auf eine Verbesserung des Images der USA in den Augen der Europäer, und auf eine vertiefte transatlantische Zusammenarbeit werden von globalen Herausforderungen geprägt und mitbestimmt werden, die mit der bloßen Frage, was die Amerikaner und Europäer voneinander halten, nur wenig zu tun haben. Beobachter auf beiden Seiten des Atlantiks als auch in anderen Teilen der Welt werden diese Entwicklungen definitiv im Auge behalten.



TRANSATLANTIC TRENDS

Notes

METHODISCHES VORGEHEN

TNS Opinion wurde beauftragt, die Umfrage in Form von computergestützten Telefoninterviews durchzuführen. Eine nicht flächendeckende Telefonvernetzung in Bulgarien, Polen, der Slowakei, Rumänien und der Türkei erforderte eine Direktbefragung. In jedem Land wurden ca. 1.000 Männer und Frauen ab 18 Jahren nach dem Zufallsprinzip ausgewählt und befragt. Diese Befragungen fanden vom 4. Juni bis 24. Juni 2008 statt.

Bei den Ergebnissen auf Basis der nationalen Stichproben in jedem der 13 befragten Länder mit 95%iger Sicherheit davon ausgegangen werden, dass die Fehlerquote aufgrund der Auswahl oder anderer Zufallseffekte plus/minus 3 Prozentpunkte beträgt. Bei den Ergebnissen, die sich auf die Gesamtbefragung in Europa (n=12022) beziehen, liegt die Fehlerquote bei plus/minus ein Prozentpunkt. Die durchschnittliche Antwortquote lag in allen 13 Ländern, die an der Umfrage teilnehmen, bei 20,4%.

Die europaweiten Zahlen wurden nach der Größe der volljährigen Bevölkerung des jeweiligen Landes gewichtet. Sofern nicht anders angegeben, stammen die Vergleichsdaten aus den Studien Transatlantic Trends 2003 – 2007 und/oder aus Worldviews 2002 (www.transatlantictrands.org).

Nach Abschluss der Auswertungen werden die Umfrageergebnisse beim Inter-University Consortium for Political and Social Research (Interuniversitäres Konsortium für Politik- und Sozialwissenschaftliche Forschung, ICPSR) an der Universität Michigan hinterlegt und können von Wissenschaftlern und anderen Interessierten eingesehen werden. Zum Zeitpunkt der Drucklegung sind die Daten für die Jahre 2002 bis 2007 über das ICPSR verfügbar. Weitere Informationen finden Sie im ICPSR-Katalog auf www.icpsr.umich.edu.

ANMERKUNG ZU DEN DURCHSCHNITTSWERTEN IN EUROPA

Seit Beginn der Umfrage sind weitere europäische Länder hinzugekommen. Zwar haben die neuen Länder die europaweiten Durchschnittswerte beeinflusst, die Auswirkungen waren in den meisten Fällen statistisch jedoch nicht signifikant. Aus diesem Grund haben wir zur besseren Übersichtlichkeit mehrere Durchschnittswerte so behandelt, als ob sie Teilmenge eines Durchschnitts wären: so werden die EU6- und EU7-Durchschnittswerte als Teil der EU9-Durchschnittswerte und der EU10-Durchschnitt als Teil des E12-Durchschnitts aufgeführt. Die unten aufgeführte Tabelle gibt nähere Angaben zur Zusammensetzung der Durchschnittswerte.

JAHR	DURCHSCHNITT	LÄNDER
2002	EU6	Frankreich, Deutschland, Italien, Niederlande, Polen, Großbritannien
2003	EU7	Wie EU6 sowie Portugal
2004-2006	EU9	Wie EU7 sowie Slowakei und Spanien
2004-2005	E10	Wie EU9 sowie Türkei
2006	E11	Wie EU9 sowie Bulgarien und Rumänien
2006-2008	E12	Wie EU10 sowie Bulgarien und Rumänien



TRANSATLANTIC TRENDS

www.transatlantictrends.org

Ein Projekt des German Marshall Fund of the United States und der Compagnia di San Paolo, mit zusätzlicher Unterstützung durch die Fundação Luso-Americana, die Fundación BBVA und die Tipping Point Foundation.

